

VINCENT WÄCHTER

# Die Schiedseinrede bei Auslandsberührung

*Max-Planck-Institut  
für ausländisches und internationales  
Privatrecht*

*Studien zum ausländischen  
und internationalen Privatrecht*

---

**Mohr Siebeck**

Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht

441

Herausgegeben vom  
Max-Planck-Institut für ausländisches  
und internationales Privatrecht

Direktoren:

Holger Fleischer, Ralf Michaels und Reinhard Zimmermann





Vincent Wächter

Die Schiedseinrede  
bei Auslandsberührung

Mohr Siebeck

*Vincent Wächter*, geboren 1988; Studium der Rechtswissenschaft an der Universität Freiburg und der University of Surrey; 2014 Erste juristische Prüfung; Rechtsreferendariat am Kammergericht Berlin; 2016 Zweite juristische Staatsprüfung; Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Bürgerliches Recht, Handels- und Gesellschaftsrecht, Privatversicherungsrecht und Internationales Privatrecht an der Freien Universität Berlin; 2019 Promotion; seit 2019 Referent im Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz.  
orcid.org/0000-0002-7359-3017

ISBN 978-3-16-159139-6 / eISBN 978-3-16-159140-2  
DOI 10.1628/978-3-16-159140-2

ISSN 0720-1141 / eISSN 2568-7441

(Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2020 Mohr Siebeck Tübingen. [www.mohrsiebeck.com](http://www.mohrsiebeck.com)

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für die Verbreitung, Vervielfältigung, Übersetzung und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von epline in Böblingen gesetzt, von Gulde Druck in Tübingen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und von der Buchbinderei Nägele in Nehren gebunden.

Printed in Germany.

*für Antonia*



## Vorwort

Diese Arbeit entstand im Dahlemer Grün während meiner Zeit als Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Freien Universität Berlin. Sie wurde dort im Sommersemester 2019 als Dissertation angenommen.

Als Betreuer der Arbeit gilt Herrn Prof. Dr. Christian Armbrüster der besondere Dank: Seine wissenschaftliche Förderung, die faire Gewährung zeitlicher Freiräume und die stete Ermutigung zu eigenständigem Denken und sorgfältigem Vorgehen haben das Gelingen dieses Vorhabens ermöglicht. Für seinen Vertrauensvorschuss, mir ohne vorherige Kontakte an seinem Lehrstuhl eine wissenschaftliche Heimat zu geben, bin ich dankbar. Herrn Prof. Dr. Helmut Grothe danke ich für die Anfertigung des Zweitgutachtens.

Herrn Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Reinhard Zimmermann möchte ich für die Möglichkeit danken, dass ich in seiner „Aktuellen Stunde“ einige Thesen dieser Arbeit präsentieren und zur Diskussion stellen durfte. Ihm und den übrigen Direktoren des Hamburger Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Privatrecht bin ich zu Dank für die Aufnahme dieser Arbeit in die Schriftenreihe „Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht“ verpflichtet.

Der Johanna und Fritz Buch Gedächtnis-Stiftung, Hamburg, danke ich für die großzügige Förderung der Drucklegung dieser Dissertation.

Ein Dissertationsvorhaben lebt immer auch von der gründlichen Durchsicht und kontroversen Diskussion einzelner Passagen und maßgeblicher Thesen. An dieser Stelle darf ich deshalb – neben dem gesamten Berliner Lehrstuhlteam – *pars pro toto* meiner Frau Antonia Füller sowie Hanna Buck, Dr. Jakob Gleim, Hannes Ingwersen, Edzard Rothen und Alexander Schiff herzlich danken.

Die nach Einreichung der Arbeit zu Weihnachten 2018 ergangene Rechtsprechung und neu erschienene Literatur konnte zumindest in den Fußnoten noch bis Januar 2020 berücksichtigt werden.

Berlin, im Januar 2020

*Vincent Wächter*





## Inhaltsübersicht

Vorwort .....	VII
Inhaltsverzeichnis .....	XI
Abkürzungsverzeichnis .....	XIX
Kapitel 1: Einleitung .....	1
<i>A. Problemaufriss</i> .....	1
<i>B. Gang der Untersuchung</i> .....	6
<i>C. Methodik</i> .....	7
Kapitel 2: Die Schiedseinrede gem. § 1032 Abs. 1 ZPO .....	9
<i>A. Grundlagen der Schiedseinrede</i> .....	10
<i>B. Schiedseinrede des geltenden Rechts</i> .....	25
<i>C. Verfassungsrechtliche Grenzen der Schiedseinrede</i> .....	91
<i>D. Thesen</i> .....	103
Kapitel 3: Die Schiedseinrede nach Modellgesetz und ausländischem Recht .....	105
<i>A. Modellgesetz</i> .....	106
<i>B. Englisches Recht</i> .....	111
<i>C. Amerikanisches Recht</i> .....	120
<i>D. Schweizerisches Recht</i> .....	133
<i>E. Österreichisches Recht</i> .....	142
<i>F. Vergleichende Würdigung</i> .....	148
<i>G. Thesen</i> .....	150
Kapitel 4: Das Fundament der Schiedseinrede bei Auslandsberührung .....	153
<i>A. Art. II Abs. 3 UNÜ</i> .....	154
<i>B. Art. VI Abs. 1 EuÜ</i> .....	167
<i>C. Übriges Staatsvertragsrecht</i> .....	180
<i>D. Thesen</i> .....	188

Kapitel 5: Das Kollisionsrecht der Schiedseinrede und das Schiedsvereinbarungsstatut .....	189
<i>A. Struktur des Kollisionsrechts der Schiedseinrede</i> .....	189
<i>B. Rechtsnatur der Schiedsvereinbarung</i> .....	207
<i>C. Einheitsrecht und Schiedsvereinbarungen</i> .....	211
<i>D. Schiedsvereinbarungsstatut</i> .....	224
<i>E. Reichweite des Schiedsvereinbarungsstatuts</i> .....	257
<i>F. Schiedsvereinbarungen im ausländischen Kollisionsrecht</i> .....	268
<i>G. Thesen</i> .....	284
Kapitel 6: Die Teilfragen der Schiedsvereinbarung .....	287
<i>A. Formstatut</i> .....	287
<i>B. Objektives Schiedsfähigkeitsstatut</i> .....	303
<i>C. Subjektives Schiedsfähigkeitsstatut</i> .....	313
<i>D. Vertretungsstatut</i> .....	323
<i>E. Thesen</i> .....	331
Kapitel 7: Ausblick .....	333
<i>A. Recht der Schiedseinrede</i> .....	333
<i>B. Kollisionsrecht der Schiedsvereinbarung</i> .....	335
<i>C. Einzelanregungen und Regelungsvorschlag</i> .....	336
Literaturverzeichnis .....	341
Sachverzeichnis .....	387

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort .....	VII
Inhaltsübersicht .....	IX
Abkürzungsverzeichnis .....	XIX
Kapitel 1: Einleitung .....	1
<i>A. Problemaufriss</i> .....	1
<i>B. Gang der Untersuchung</i> .....	6
<i>C. Methodik</i> .....	7
Kapitel 2: Die Schiedseinrede gem. § 1032 Abs. 1 ZPO .....	9
<i>A. Grundlagen der Schiedseinrede</i> .....	10
I. Historische Entwicklung zu § 1032 Abs. 1 ZPO .....	10
II. Schiedseinrede als Schnittstelle von materiellem und prozessualen Recht .....	16
III. Einredewegige Berücksichtigung .....	17
1. Amtswegige Berücksichtigung von Schiedsvereinbarungen .....	17
2. Dispositionsbefugnis über § 1032 Abs. 1 ZPO .....	18
IV. Übrige Koordinationsinstrumente paralleler Schieds- und Staatsgerichtsverfahren .....	19
1. Anderweitige Schiedshängigkeit .....	20
2. Verhandlungsaussetzung .....	22
3. Anderweitige Rechtskraft eines Sachschiedsspruchs .....	23
<i>B. Schiedseinrede des geltenden Rechts</i> .....	25
I. Zuständigkeit und territoriale Anwendbarkeit .....	25
II. Tatbestand .....	28
1. Zulässigkeit .....	29
a) Form- und Darlegungsanforderungen .....	29
b) Erhebungsfrist .....	31
aa) Grundfragen .....	31
bb) Sonderkonstellationen .....	33
c) Rücknahme und Verzicht .....	34
d) Besondere Prozess- und Verfahrensarten .....	35
aa) Einstweiliger Rechtsschutz und selbständiges Beweisverfahren .....	36
bb) Urkunden-, Wechsel- und Scheckprozess .....	39

cc)	Mahnverfahren	41
dd)	Vollstreckungsabwehrklage	42
ee)	Zusammenfassung	44
2.	Begründetheit	44
a)	Qualifikation als „Schiedsvereinbarung“	44
aa)	Anschein eines Vertrags zur Streitentscheidung	45
bb)	Endgültige und abschließende Streitentscheidung	46
cc)	Streitentscheidung durch eine unabhängige und neutrale Instanz	47
b)	Zustandekommen und Wirksamkeit der Schiedsvereinbarung	51
aa)	Schranken der richterlichen Untersuchungsbefugnis	51
(1)	Bindung an einen schiedsrichterlichen Zwischenentscheid	52
(2)	Präklusion durch eine unentschuldigt verspätete Rüge der Unzuständigkeit des Schiedsgerichts	53
(3)	Mittelbare Bindung an einen Prozessschiedsspruch	55
(4)	Kontrolldichte des Einrederichters: Volle Kognition oder <i>effet négatif</i>	59
bb)	Zustandekommen der Schiedsvereinbarung	60
cc)	Wirksamkeit der Schiedsvereinbarung	61
(1)	Formgemäßheit	61
(2)	Subjektive Schiedsfähigkeit	64
(3)	Objektive Schiedsfähigkeit	65
(4)	Abschluss- und Inhaltskontrolle	69
(a)	Unternehmerischer Rechtsverkehr	69
(b)	Rechtsverkehr mit Verbraucherbeteiligung unter den Vorzeichen von ADR- und Klauselrichtlinie	71
c)	Schiedsbindung des Streitgegenstands	77
aa)	Objektive Schiedsbindung	77
bb)	Subjektive Schiedsbindung	78
(1)	Originäre Bindung	78
(2)	Derivative Bindung	79
d)	Undurchführbarkeit der Schiedsvereinbarung	82
aa)	Mittellosigkeit und Leistungsunwilligkeit	83
bb)	Unmöglichkeit schiedsrichterlicher Streitentscheidung	85
cc)	Wegfall der „großen“ Geschäftsgrundlage	86
3.	Gegeneinwand der Arglist	86
a)	Kombinierte Kompetenzzüge	87
b)	Mittellosigkeit und Leistungsunwilligkeit	88
c)	Widerklage zur selben Schiedsvereinbarung	89
III.	Rechtsfolge	89
IV.	Darlegungs- und Beweislast	90
C.	Verfassungsrechtliche Grenzen der Schiedseinrede	91
I.	Skizze des Justizgewährungsanspruchs	91
II.	Bedeutung für die Schiedseinrede	93

1. Schiedsbindung als Grundrechtsverzicht oder Anspruchsinhalt . . . . .	93
2. Freiwilligkeit als Verfassungsgebot . . . . .	95
a) Willensübereinkunft durch Vertrag . . . . .	95
b) Freiwilligkeit und Art. 6 Abs. 1 S. 1 EMRK . . . . .	97
aa) Grundgedanken bei <i>arbitrage volontaire</i> . . . . .	97
bb) Sonderregime bei <i>arbitrage «forcé»</i> . . . . .	100
III. Zusammenfassung und Bewertung . . . . .	102
D. <i>Thesen</i> . . . . .	103

### Kapitel 3: Die Schiedseinrede nach Modellgesetz und ausländischem Recht . . . . . 105

A. <i>Modellgesetz</i> . . . . .	106
I. Zulässigkeit . . . . .	107
II. Begründetheit . . . . .	108
1. Kognitionsbefugnis . . . . .	108
2. Vertragsrecht der Schiedsvereinbarung . . . . .	109
III. Rechtsfolge . . . . .	110
B. <i>Englisches Recht</i> . . . . .	111
I. <i>Vynior's Case</i> und die Folgen . . . . .	111
II. <i>Stay of legal proceedings</i> . . . . .	113
1. Zulässigkeit . . . . .	114
2. Begründetheit . . . . .	114
a) Aspekte negativer Kompetenz-Kompetenz: Kognitionsbefugnis und Kompetenz-Kompetenz-Abreden . . . . .	114
b) Materielle Anforderungen und Vertragsrecht der Schiedsvereinbarung . . . . .	116
3. Rechtsfolge . . . . .	117
III. <i>Inherent jurisdiction</i> . . . . .	118
C. <i>Amerikanisches Recht</i> . . . . .	120
I. Federal Arbitration Act und einzelstaatliches Recht . . . . .	121
II. <i>Stay of proceedings</i> . . . . .	122
1. Zulässigkeit . . . . .	123
2. Begründetheit . . . . .	124
a) Aspekte negativer Kompetenz-Kompetenz: <i>delegation provision</i> und <i>procedural arbitrability</i> . . . . .	125
b) Vertragsrecht der Schiedsvereinbarung . . . . .	129
3. Rechtsfolge: <i>stay</i> oder <i>dismissal</i> . . . . .	130
III. <i>Inherent power to grant a stay</i> . . . . .	132
D. <i>Schweizerisches Recht</i> . . . . .	133
I. Schiedseinrede bei internationalen Schiedsverfahren mit Sitz in der Schweiz . . . . .	134

1. Rechtsnatur und Zulässigkeit .....	135
2. Begründetheit .....	136
a) Kognitionsbefugnis, Bindungswirkung und Präklusion .....	136
b) Materielle Anforderungen und Vertragsrecht der Schiedsvereinbarung .....	139
II. Rechtsfolge und Einordnung .....	141
<i>E. Österreichisches Recht</i> .....	142
I. Rechtsnatur und Zulässigkeit .....	143
II. Begründetheit .....	145
1. Kognitionsbefugnis und Bindungswirkung .....	145
2. Vertragsrecht der Schiedsvereinbarung .....	146
III. Rechtsfolge und Einordnung .....	147
<i>F. Vergleichende Würdigung</i> .....	148
<i>G. Thesen</i> .....	150

#### Kapitel 4: Das Fundament der Schiedseinrede

bei Auslandsberührung .....	153
<i>A. Art. II Abs. 3 UNÜ</i> .....	154
I. Entstehungsgeschichte .....	154
II. Anwendbarkeit .....	156
1. Übereinkommensperspektive .....	156
2. Binnenperspektive .....	159
III. Horizontale Wirkungen .....	161
1. Einredeerhebung .....	161
2. Aspekte negativer Kompetenz-Kompetenz .....	162
3. <i>Null and void, inoperative or incapable of being performed</i> .....	163
4. Rechtsfolge .....	165
IV. Ergebnis .....	166
<i>B. Art. VI Abs. 1 EuÜ</i> .....	167
I. Anwendbarkeit .....	167
1. <i>Ratione personae</i> .....	168
2. <i>Ratione materiae</i> .....	168
II. Horizontale Wirkungen .....	171
1. Anderweitige Schiedshängigkeit .....	171
a) Amtswegige Berücksichtigung .....	171
b) Streitgegenstandsidentität und wichtiger Grund .....	172
c) Rechtsfolge .....	172
2. Schiedseinrede .....	174
a) Funktion von Art. VI Abs. 1 EuÜ .....	174
b) Erhebungsfrist .....	174
3. Rügepräklusion und Bindungswirkung .....	176

a) Fristgemäßheit der Rüge . . . . .	176
b) Umfang der Präklusion . . . . .	177
c) Voraussetzungen und Reichweite der Bindungswirkung . . . . .	178
III. Ergebnis . . . . .	179
C. <i>Übriges Staatsvertragsrecht</i> . . . . .	180
I. Art. 4 Abs. 1 Genfer Protokoll . . . . .	180
II. Art. 8 Abs. 1 S. 3 des dt.-sowjet. Abkommens v. 25.04.1958 . . . . .	183
III. Art. 50 des dt.-tunes. Vertrags v. 19.07.1966 . . . . .	184
IV. Weitere bilaterale Staatsverträge . . . . .	186
D. <i>Thesen</i> . . . . .	188

## Kapitel 5: Das Kollisionsrecht der Schiedseinrede und das

Schiedsvereinbarungsstatut . . . . .	189
A. <i>Struktur des Kollisionsrechts der Schiedseinrede</i> . . . . .	189
I. Zulässigkeit bei Auslandsberührung . . . . .	189
II. Begründetheit bei Auslandsberührung . . . . .	191
1. Qualifikation . . . . .	191
2. Aspekte negativer Kompetenz-Kompetenz . . . . .	194
a) Richterliche Kognition . . . . .	194
b) Kompetenz-Kompetenz-Abreden . . . . .	197
c) Rügepräklusion, Zwischenentscheid und Schiedsspruch . . . . .	197
3. Prolog zum Schiedsvereinbarungsstatut und seinen Teilfragen . . . . .	198
4. Undurchführbarkeit der Schiedsvereinbarung am Beispiel der Mittellosigkeit . . . . .	200
5. Gegeneinwand der Arglist . . . . .	203
III. Rechtsfolge bei Auslandsberührung . . . . .	204
IV. Darlegungs- und Beweislast bei Auslandsberührung . . . . .	207
B. <i>Rechtsnatur der Schiedsvereinbarung</i> . . . . .	207
C. <i>Einheitsrecht und Schiedsvereinbarungen</i> . . . . .	211
I. Einheitliches Sachrecht der Schiedsvereinbarung . . . . .	212
1. Internationaler Warenkauf (CISG) . . . . .	212
2. Entgeltliche Beförderung von Gütern auf der Straße (CMR) . . . . .	215
3. Haftung des Luftfrachtführers (MÜ) . . . . .	219
4. Übriges Einheitsrecht . . . . .	220
II. Anationales Sachrecht der Schiedsvereinbarung . . . . .	222
D. <i>Schiedsvereinbarungsstatut</i> . . . . .	224
I. Kollisionsnorm für die Schiedsvereinbarung aus vorrangigem Recht . . . . .	225
1. Bereichsausnahme für Schiedsvereinbarungen in der Rom I-VO . . . . .	225
2. Kollisionsnorm für die Exequaturperspektive (UNÜ) . . . . .	227
3. Kollisionsnorm für die Einredeperspektive (EuÜ) . . . . .	230



II.	Autonome Kollisionsnorm für die Schiedsvereinbarung . . . . .	231
1.	Überblick über die deutsche Rechtsprechung . . . . .	231
2.	Bildung einer konvergenten Kollisionsnorm . . . . .	233
III.	Entfaltung der konvergenten Kollisionsnorm . . . . .	236
1.	Anknüpfungspunkte . . . . .	236
a)	Rechtswahl . . . . .	237
aa)	Ausdrückliche Rechtswahl für die Hauptsache . . . . .	239
bb)	Übereinstimmender Vortrag des anzuwendenden Sachrechts . . . . .	241
cc)	Wahl des Schiedsverfahrensstatuts und des Schiedsorts . . . . .	243
b)	Schiedsort . . . . .	244
c)	Engste Verbindung . . . . .	245
d)	Meistbegünstigungsgrundsatz . . . . .	247
2.	Aspekte des Allgemeinen Teils des Internationalen Privatrechts . . . . .	248
a)	Wählbarkeit nichtstaatlichen Rechts . . . . .	248
b)	Kollisionsrechtlicher Verbraucher- und Arbeitnehmerschutz . . . . .	249
c)	Eingriffsnormen des Forums . . . . .	251
d)	<i>Ordre public</i> -Vorbehalt . . . . .	252
aa)	Primäre Kontrolle . . . . .	254
bb)	Sekundäre Kontrolle . . . . .	255
E.	<i>Reichweite des Schiedsvereinbarungsstatuts</i> . . . . .	257
I.	Herrschaft über Zustandekommen, Wirksamkeit und Wirkungen . . . . .	258
II.	Herrschaft über die Schiedsbindung . . . . .	261
1.	Objektive Schiedsbindung . . . . .	261
2.	Subjektive Schiedsbindung . . . . .	262
a)	Originäre Bindung . . . . .	262
b)	Derivative Bindung . . . . .	263
III.	Besonderheiten der Einbeziehungs- und Inhaltskontrolle . . . . .	266
1.	Verdrängung der Einbeziehungs- und Inhaltskontrolle . . . . .	266
2.	Derogationsfestigkeit der inländischen Einbeziehungs- und Inhaltskontrolle . . . . .	267
F.	<i>Schiedsvereinbarungen im ausländischen Kollisionsrecht</i> . . . . .	268
I.	Englisches Recht . . . . .	268
II.	Amerikanisches Recht . . . . .	272
III.	Schweizerisches Recht . . . . .	276
IV.	Österreichisches Recht . . . . .	279
G.	<i>Thesen</i> . . . . .	284
Kapitel 6: Die Teilfragen der Schiedsvereinbarung . . . . .		287
A.	<i>Formstatut</i> . . . . .	287
I.	Meistbegünstigungsgrundsatz . . . . .	288
II.	Einheitsrecht . . . . .	291

1. Art. II Abs. 1–2 UNÜ .....	291
2. Art. I Abs. 2 lit. a EuÜ .....	294
3. Bilaterale Staatsverträge .....	295
4. Staatsverträge für besondere Sachgebiete .....	296
III. Autonomes Kollisionsrecht .....	296
1. Inländischer Schiedsort .....	298
2. Ausländischer oder noch unbestimmter Schiedsort .....	300
<i>B. Objektives Schiedsfähigkeitsstatut</i> .....	303
I. Staatsvertragsrechtliches Kollisionsrecht .....	304
II. Autonomes Kollisionsrecht .....	305
1. Diskussionsstand .....	306
2. Stellungnahme .....	308
III. Einzelheiten .....	311
1. Hinreichender Inlandsbezug .....	311
2. Vorfragen in § 1030 ZPO .....	312
<i>C. Subjektives Schiedsfähigkeitsstatut</i> .....	313
I. Kollisionsrecht .....	315
II. Qualifikation schiedsspezifischer Normen deutschen Sachrechts .....	318
III. Staaten, staatlich beherrschte Unternehmen und staatlich kontrollierte Organisationen als Parteien .....	320
<i>D. Vertretungsstatut</i> .....	323
I. Selbstständige Anknüpfung .....	324
II. Gewillkürte Stellvertretung .....	325
1. Kollisionsrecht .....	326
2. Form der Vollmachtserteilung .....	328
III. Organschaftliche und gesetzliche Stellvertretung .....	330
<i>E. Thesen</i> .....	331
<b>Kapitel 7: Ausblick</b> .....	333
<i>A. Recht der Schiedseinrede</i> .....	333
<i>B. Kollisionsrecht der Schiedsvereinbarung</i> .....	335
<i>C. Einzelanregungen und Regelungsvorschlag</i> .....	336
Literaturverzeichnis .....	341
Sachverzeichnis .....	387



## Abkürzungsverzeichnis

1 Kor	1. Brief des Paulus an die Korinther
a.E.	am Ende
a.F.	alte Fassung
a.M.	am Main
AAA	American Arbitration Association
abl.	ablehnend
ABl.	Amtsblatt der Europäischen Union
Abs.	Absatz, Absätze
Abt.	Abteilung
abw.	abweichend
AC	Law Reports, Appeal Cases (Third Series)
AcP	Archiv für die civilistische Praxis
ADR	Alternative Dispute Resolution
ADR-RL	Richtlinie 2013/11/EU des Europäischen Parlaments und des Rates v. 21.05.2013 über die alternative Beilegung verbraucherrechtlicher Streitigkeiten und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2006/2004 und der Richtlinie 2009/22/EG (ABl. Nr. L 165 S. 63)
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (ABl. 2016 Nr. C 202 S. 47, ber. Nr. C 400 S. 1)
AG	Amtsgericht
AGB	Allgemeine Geschäftsbedingungen
AGBG	Gesetz zur Regelung des Rechts der Allgemeinen Geschäftsbedingungen
AIA	Association for International Arbitration
AiG	Arbitration in Germany
Air & Space L.	Air & Space Law
Ala.	Supreme Court of Alabama
Ala. Code	Code of Alabama
allg.	allgemein
Alt.	Alternative
alt.	alternativ
Am. J. Comp. L.	American Journal of Comparative Law
Am. Rev. Int'l Arb.	American Review of International Arbitration
Am. U. L. Rev.	American University Law Review
AMC	American Maritime Cases
amerik.	amerikanisch
amtl.	amtlich
Anh.	Anhang
Anm.	Anmerkung

Annuaire	Annuaire de l'Institut de Droit International
AntiDopG	Anti-Doping-Gesetz
AnzWien	Anzeiger der philosophisch-historischen Klasse der österreichischen Akademie der Wissenschaften
AP	Nachschlagewerk des Bundesarbeitsgerichts – Arbeitsrechtliche Praxis
arab.	arabisch
Arb. Brief	Arbitration Brief
ArbGG	Arbeitsgerichtsgesetz
ArbInt	Arbitration International
Art., Artt.	Artikel
AS	Amtliche Sammlung des Bundesrechts (Schweiz)
ASA	Association Suisse de l'Arbitrage
Aufl.	Auflage
Austrian Y. B. Int'l Arb.	Austrian Yearbook on International Arbitration
AVR	Archiv des Völkerrechts
AWD	Außenwirtschaftsdienst des Betriebs-Beraters
Az.	Aktenzeichen
BAG	Bundesarbeitsgericht
BAGE	Entscheidungen des Bundesarbeitsgerichts
BayObLG	Bayerisches Oberstes Landesgericht
BayObLGZ	Entscheidungen des Bayerischen Obersten Landesgerichts in Zivilsachen
BB	Der Betriebsberater
BB Beilage	Der Betriebsberater Beilage
BBG	Bundesbeamtengesetz
BBl	Bundesblatt (Schweiz)
Bd.	Band
BeamtStG	Gesetz zur Regelung des Statusrechts der Beamtinnen und Beamten in den Ländern
Bearb.	Bearbeiter, Bearbeiterin
BeckEuRS	Beck online Rechtsprechung des EuGH, EuG und EuGöD
BeckOGK	beck-online.GROSSKOMMENTAR zum Zivilrecht
BeckRS	beck-online.RECHTSPRECHUNG
Begr.	Begründung; Begründer
Bekl.	Beklagte, Beklagter
bel.	belgisch
ber.	berichtigt
Beschl.	Beschluss
best.	bestätigt
BetrVG	Betriebsverfassungsgesetz
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGE	Amtliche Sammlung der Entscheidungen des Bundesgerichts (Schweiz)
BGer	Bundesgericht (Schweiz)
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Zivilsachen

BK ZPO	Berner Kommentar zur Schweizerischen Zivilprozessordnung
BMJ	Bundesministerium der Justiz
Bolze	Die Praxis des Reichsgerichts in Civilsachen
BPatG	Bundespatentgericht
Brook. J. Int'l L.	Brooklyn Journal of International Law
Brüssel IIa-VO	Verordnung (EG) Nr. 2201/2003 des Rates v. 27.11.2003 über die Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Ehesachen und in Verfahren betreffend die elterliche Verantwortung und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1347/2000 (ABl. Nr. L 338 S. 1, ber. 2016 Nr. L 99 S. 34)
BSG	Bundessozialgericht
BSK LugÜ II	Baseler Kommentar, Lugano-Übereinkommen
BSK sIPRG	Baseler Kommentar, Internationales Privatrecht
bspw.	beispielsweise
BT-Drs.	Bundestagsdrucksache
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts
BVRin	Bundesverfassungsrichterin
bzw.	beziehungsweise
c.	chapter
C.L.C.	Commercial Law Cases
c. p. c.	Code de procédure civile français
CA	Her Majesty's Court of Appeal in England
Can.	Canon, Canones
CAS	Court of Arbitration for Sports
CAS Bulletin	Court of Arbitration for Sport Bulletin
Cass. Civ.	Cour de cassation, Chambre civile (Frankreich)
causa sport	Die Sport-Zeitschrift für nationales und internationales Recht sowie für Wirtschaft
CBLJ	Canadian Business Law Journal
CETA-Abkommen	Umfassendes Wirtschafts- und Handelsabkommen (CETA) v. 30.10.2016 zwischen Kanada einerseits und der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten andererseits (ABl. 2017 Nr. L 11 S. 23)
Ch.	Chancery Division of the High Court of Justice (Part of the Business and Property Court of the High Court of Justice of England and Wales)
chines.	chinesisch
CIC/1983	Codex Iuris Canonici v. 25.01.1983
Cir.	United States Court of Appeals
CISG	Übereinkommen der Vereinten Nationen v. 11.04.1980 über Verträge über den internationalen Warenkauf (BGBl. 1989 II S. 586, 588, ber. 1990 II S. 1699 [1489 UNTS 3])
Civ	Civil Division (England und Wales)
CJ	Chief Judge; Chief Justice of the United States
cl.	clause
CLP	Current Legal Problems

Clunet	Journal du droit international
CMR	Übereinkommen v. 19.05.1956 über den Beförderungsvertrag im internationalen Straßengüterverkehr (BGBl. 1961 II S. 1119, 1120 [399 UNTS 189])
CMRG	Gesetz v. 16.08.1961 zu dem Übereinkommen v. 19.05.1956 über den Beförderungsvertrag im internationalen Straßengüterverkehr
Co. Rep.	Coke's King's Bench Reports
Comm	Commercial Court (Part of the Business and Property Court of the High Court of Justice of England and Wales)
Cornell L. Rev.	Cornell Law Review
COTIF 1980	Übereinkommen v. 09.05.1980 über den internationalen Eisenbahnverkehr (COTIF) (BGBl. 1985 II S. 130, 132)
COTIF 1999	Übereinkommen v. 09.05.1980 über den internationalen Eisenbahnverkehr (COTIF) in der Fassung des Änderungsprotokolls v. 03.06.1999 (BGBl. 2002 II S. 2140, 2142)
CPO	Civilprozeßordnung
CPR	Civil Procedure Rules (England und Wales)
Croat. Arbit. Yearb.	Croatian Arbitration Yearbook
CUECIC	United Nations Convention on the Use of Electronic Communications in International Contracts (UN-Dok. A/60/515 [28.10.2005])
d.	den, der, des, die, durch
D.	Digesten
D. Conn.	United States District Court for the District of Connecticut
D. Md.	United States District Court for the District of Maryland
D.D.C.	United States District Court for the District of Columbia
d.h.	das heißt
D.N.J.	United States District Court for the District of New Jersey
D.P.R.	United States District Court for the District of Puerto Rico
D.S.C.	United States District Court for the District of South Carolina
DAC	Departmental Advisory Committee on Arbitration Law (England und Wales)
Darst.	Darstellung
dass.	dasselbe
DAV	Deutscher Anwaltverein e. V.
DB	Der Betrieb
DCFR	Draft Common Frame of Reference
Def. Counsel J.	Defense Counsel Journal
ders.	derselbe
dies.	dieselben
DIS	Deutsche Institution für Schiedsgerichtsbarkeit e. V.
DIS-SportSchO	Sportschiedsgerichtsordnung der Deutschen Institution für Schiedsgerichtsbarkeit e. V.
DJ	Deputy Judge; District Judge
DNotZ	Deutsche Notar-Zeitschrift
DÖV	Die öffentliche Verwaltung
DRiZ	Deutsche Richterzeitung
dt.	deutsch

DtZ	Deutsch-Deutsche Rechts-Zeitschrift
DZWir	Deutsche Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
-E	Entwurf
E.	Erwägung
E.D. Cal.	United States District Court for the Eastern District of California
E.D. Mich.	United States District Court for the Eastern District of Michigan
E.D.N.Y.	United States District Court for the Eastern District of New York
E.R.	English Reports
ecolex	Fachzeitschrift für Wirtschaftsrecht
EG	Europäische Gemeinschaft
EGBGB	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuche
EGHGB	Einführungsgesetz zum Handelsgesetzbuch
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EGMR-E	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte, Deutschsprachige Sammlung
EGZPO	Gesetz, betreffend die Einführung der Zivilprozeßordnung
Einl.	Einleitung
EKMR	Europäische Kommission für Menschenrechte
EL	Ergänzungslieferung
Emory Int'l L. Rev.	Emory International Law Review
EMRK	Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten (BGBl. 2010 II S. 1198, 1199)
engl.	englisch
Entsch.	Entscheidung, Entscheidungen
ERCL	European Review of Contract Law
ErläutRV	Erläuterungen zur Regierungsvorlage (Österreich)
ESÜ	Haager Übereinkommen v. 13.01.2000 über den internationalen Schutz von Erwachsenen (BGBl. 2007 II S. 323, 324)
et al.	et alii
etc.	et cetera
EU	Europäische Union
EuErbVO	Verordnung (EU) Nr. 650/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates v. 04.07.2012 über die Zuständigkeit, das anzuwendende Recht, die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen und die Annahme und Vollstreckung öffentlicher Urkunden in Erbsachen sowie zur Einführung eines Europäischen Nachlasszeugnisses (ABl. Nr. L 201 S. 107, ber. Nr. L 344 S. 3, 2013 Nr. L 41 S. 16, Nr. L 60 S. 140, 2014 Nr. L 363 S. 186)
EuG	Gericht der Europäischen Union
EuGH	Gerichtshof der Europäischen Union
EuGöD	Gericht für den öffentlichen Dienst der Europäischen Union
EuGVÜ	Übereinkommen v. 27.09.1968 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen (BGBl. 1972 II S. 773, 774)
EuGVVO	Verordnung (EU) Nr. 1215/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen (ABl. Nr. L 351 S. 1, ber. 2016 Nr. L 264 S. 43)



EuInsVO	Verordnung (EU) 2015/848 des Europäischen Parlaments und des Rates v. 20.05.2015 über Insolvenzverfahren (ABl. Nr. L 141 S. 19, ber. 2016 Nr. L 349 S. 6)
europ.	europäisch
EuÜ	Europäisches Übereinkommen v. 21.04.1961 über die internationale Handelsschiedsgerichtsbarkeit (BGBl. 1964 II S. 425, 426 [484 UNTS 349])
EUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (ABl. 2016 Nr. C 202 S. 47, ber. Nr. C 400 S. 1)
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EVÜ	Übereinkommen 80/934/EWG über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht, das am 19.06.1980 in Rom zur Unterzeichnung aufgelegt wurde (ABl. Nr. C 334 S. 3)
EWCA	Her Majesty's Court of Appeal in England
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWHC	Her Majesty's High Court of Justice in England
EWiR	Entscheidungen zum Wirtschaftsrecht
EWR	Europäischer Wirtschaftsraum
EWR-Abkommen	Abkommen v. 02.05.1992 über den Europäischen Wirtschaftsraum (BGBl. 1993 II S. 266, 267)
EWS	Europäisches Wirtschafts- und Steuerrecht
F.	Federal Reporter
f., ff.	folgende
F.2d	Federal Reporter, Second Series
F.3d	Federal Reporter, Third Series
F.App'x	Federal Appendix
F.Supp.	Federal Supplement
F.Supp.2d	Federal Supplement, Second Series
F.Supp.3d	Federal Supplement, Third Series
FAA	Federal Arbitration Act (9 U. S. C. §§ 1–14 [Pub.L. 68–401, 43 Stat. 883, first enacted February 12, 1925, as amended])
Fac. L. Belgrade Int'l Ed.	Annals of the Faculty of Law in Belgrade – International Edition
FamFG	Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit
FamRZ	Zeitschrift für das gesamte Familienrecht
Fed. Cir.	United States Court of Appeals for the Federal Circuit
Fed. R. Civ. P.	Federal Rules of Civil Procedure
FENEX	Nederlandse Organisatie voor Expeditie en Logistiek
FG	Festgabe
FGG	Gesetz über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit
FGO	Finanzgerichtsordnung
Fn.	Fußnote, Fußnoten
Fordham L. Rev.	Fordham Law Review
franz.	französisch
FS	Festschrift
GA	Generalanwalt
GAin	Generalanwältin
GBP	Pfund Sterling

GbR	Gesellschaft bürgerlichen Rechts
gem.	gemäß
Genfer Abkommen	Genfer Abkommen v. 26.09.1927 zur Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche (RGBl. 1930 II S. 1067, 1068 [92 LNTS 301])
Genfer Protokoll	Genfer Protokolls v. 24.09.1923 über die Schiedsklauseln im Handelsverkehr (RGBl. 1925 II S. 47 [27 LNTS 157])
Geo. L. J.	Georgetown Law Journal
GG	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland
ggf.	gegebenenfalls
GKFA	Große kommentierte Frankfurter Ausgabe
GMAA	German Maritime Arbitration Association
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung
GP	Gesetzgebungsperiode (Österreich)
GRCh	Charta der Grundrechte der Europäischen Union (ABl. 2016 Nr. C 202 S. 389 [BGBl. 2008 II S. 1165, 1166])
grds.	grundsätzlich
griech.	griechisch
Gruchot	Beiträge zur Erläuterung des Deutschen Rechts
GrünhutsZ	Zeitschrift für das Privat- und öffentliche Recht der Gegenwart
GRUR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht
GRUR Ausl	GRUR Auslands- und Internationaler Teil
GRURInt	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht – Internationaler Teil
GS	Großer Senat; Gedächtnisschrift
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz
GWB	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen
GWR	Gesellschafts- und Wirtschaftsrecht
H.L. Cas.	House of Lords Cases
HandelsvertreterRL	Richtlinie 86/653/EWG des Rates v. 18.12.1986 zur Koordinierung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten betreffend die selbständigen Handelsvertreter (ABl. Nr. L 382 S. 17)
HansOLG	Hanseatisches Oberlandesgericht
Harv. Int'l L. J	Harvard International Law Journal
HCCH	Hague Conference on Private International Law
Hervorheb.	Hervorhebung
HGB	Handelsgesetzbuch
HGR	Handbuch der Grundrechte in Deutschland und Europa
HGÜ	Haager Übereinkommen v. 30.06.2005 über Gerichtsstandsvereinbarungen (ABl. 2009 Nr. L 133 S. 3)
hist.	historisch
Hist. J.	The Historical Journal
HKCU	Hong Kong Cases Unreported
HKIAC	Hong Kong International Arbitration Centre
HL	House of Lords of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland
Hofstra L. Rev.	Hofstra Law Review
HRR	Höchststrichterliche Rechtsprechung

Hrsg.	Herausgeber, Herausgeberin
Hs.	Halbsatz
i. Brsg.	im Breisgau
i. Erg.	im Ergebnis
i.d. F.	in der Fassung, in dieser Fassung
i.d. S.	in diesem Sinne
i.S.	im Sinne
i.V.m.	in Verbindung mit
i.w. S.	im weiteren Sinne
IATA	International Air Transport Association
ICA	International Commercial Arbitration
ICAO	International Civil Aviation Organization
ICC	International Chamber of Commerce
ICCA	International Council for Commercial Arbitration
ICLQ	International & Comparative Law Quarterly
ICSID	International Centre for Settlement of Investment Disputes
IEHC	High Court of Ireland
IHK	Industrie- und Handelskammer
IHR	Internationales Handelsrecht
Ind. L. J.	Indiana Law Journal
InsO	Insolvenzordnung
inst.	institutionell
int.	international
Int. A. L. R.	International Arbitration Law Review
IntGesR	Internationales Handels- und Gesellschaftsrecht
IntJbSchiedsg.	Internationales Jahrbuch für Schiedsgerichtswesen in Zivil- und Handelssachen
IntVertrVerfR	Verfahrensrecht für internationale Verträge
IPR	Internationales Privatrecht
IPRax	Praxis des Internationalen Privat- und Verfahrensrechts
IPRspr	Die deutsche Rechtsprechung auf dem Gebiet des internationalen Privatrechts
ISDA	International Swaps and Derivatives Association
israel.	israelisch
ital.	italienisch
IVR	Internationales Vertragsrecht
IWRZ	Zeitschrift für Internationales Wirtschaftsrecht
IZPR	Internationales Zivilprozessrecht
IZVR	Internationales Zivilverfahrensrecht
J	Judge; Justice
J. Disp. Resol.	Journal of Dispute Resolution
J. L. Econ. & Org.	Journal of Law, Economics, & Organization
J.L. & Com.	Journal of Law and Commerce
japan.	japanisch
JBl	Juristische Blätter
JbPrSchiedsger	Jahrbuch für die Praxis der Schiedsgerichtsbarkeit
jdf.	jedenfalls
JGS	Justizgesetzsammlung (Österreich)
JhJb	Jherings Jahrbücher für die Dogmatik des bürgerlichen Rechts

JIntArb	Journal of International Arbitration
JR	Juristische Rundschau
JurionRS	Jurion Rechtsprechung
JW	Juristische Wochenschrift
JZ	JuristenZeitung
K. B.	The Law Reports: King's Bench Division
Kap.	Kapitel
KG	Kammergericht; Kommanditgesellschaft
KK-WpHG	Kölner Kommentar zum WpHG
Kl.	Kläger, Klägerin
KlauselRL	Richtlinie 93/13/EWG des Rates v. 05.04.1993 über mißbräuchliche Klauseln in Verbraucherverträgen (ABl. Nr. L 95 S. 29)
KO	Konkursordnung
Koord.	Koordinator, Koordinatorin
KritV	Kritische Vierteljahresschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft
kroat.	kroatisch
KSÜ	Haager Übereinkommen v. 19.10.1996 über die Zuständigkeit, das anzuwendende Recht, die Anerkennung, Vollstreckung und Zusammenarbeit auf dem Gebiet der elterlichen Verantwortung und der Maßnahmen zum Schutz von Kindern (BGBl. 2009 II S. 602, 603)
KTS	Zeitschrift für Insolvenzrecht
KWG	Gesetz über das Kreditwesen
Law & Hist. Rev.	Law and History Review
Law Q. Rev.	Law Quarterly Review
LCIA	London Court of International Arbitration
LG	Landgericht
Liberty U. L. Rev.	Liberty University Law Review
lit.	littera, litterae
Lit.	Literatur
LJ	Lady Justice of Appeal, Lord Justice of Appeal
Lloyd's Rep	Lloyd's Law Reports
LMAA	London Maritime Arbitrators Association
LMK	Kommentierte BGH-Rechtsprechung Lindenmaier-Möhring
LNOJ	League of Nations – Official Journal
LNTS	League of Nations Treaty Series
Ls.	Leitsätze
LugÜ	Übereinkommen v. 16.09.1988 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen geschlossen in Lugano (ABl. Nr. L 319 S. 9, ber. 1989 Nr. L 20 S. 38, 2001 Nr. L 148 S. 86)
LugÜ II	Übereinkommen v. 30.10.2007 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen (ABl. 2009 Nr. L 147 S. 5, ber. Nr. L 147 S. 44, 2011 Nr. L 115 S. 31 und 2014 Nr. L 18 S. 70)
LZ	Leipziger Zeitschrift für Handels-, Konkurs- und Versicherungsrecht (Leipziger Zeitschrift für Deutsches Recht)

m.W. v.	mit Wirkung vom
MdR	Mitglied des Reichstages
MDR	Monatsschrift für deutsches Recht
mglw.	möglicherweise
ModG	UNCITRAL Model Law on International Commercial Arbitration (UN-Dok. A/40/17 [21.08.1985] Annex I)
MPIPriv	Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht
MR	Master of the Rolls and Records of the Chancery of England
MÜ	Montrealer Übereinkommen v. 28.05.1999 zur Vereinheitlichung bestimmter Vorschriften über die Beförderung im internationalen Luftverkehr (BGBl. 2004 II S. 458, 459 [2242 UNTS 309])
MüKoBGB	Münchener Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch
MüKoHGB	Münchener Kommentar zum Handelsgesetzbuch
MüKoZPO	Münchener Kommentar zur Zivilprozessordnung
mündl.	mündlich
n.	note
N.D. Miss.	United States District Court for the Northern District of Mississippi
N.F.	Neuer Folge
n.F.	neue Fassung
niederl.	niederländisch
NIQB	Her Majesty's High Court of Justice in Northern Ireland, Queen's Bench Division
NJOZ	Neue Juristische Online-Zeitschrift
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NJW-RR	Neue Juristische Wochenschrift Rechtsprechungs-Report Zivilrecht
No.	number
norweg.	norwegisch
Notre Dame L. Rev.	Notre Dame Law Review
npoR	Zeitschrift für das Recht der Non Profit Organisationen
Nr.	Nummer, Nummern
nv	nicht veröffentlicht
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NZA	Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht
NZA-RR	NZA-Rechtsprechungs-Report Arbeitsrecht
NZG	Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht
NZI	Neue Zeitschrift für Insolvenz- und Sanierungsrecht
NZKart	Neue Zeitschrift für Kartellrecht
öABGB	Allgemeines bürgerliches Gesetzbuch (JGS Nr. 946/1811; Österreich)
öBGBI	Bundesgesetzblatt für die Republik Österreich
obj.	objektiv
ODR	online dispute resolution
OGH	Oberster Gerichtshof der Republik Österreich
OHG	Offene Handelsgesellschaft
öJN	Österreichische Jurisdiktionsnorm (öRGI. Nr. 111/1895)
ÖJZ	Österreichische Juristen-Zeitung

öKSchG	Österreichisches Konsumentenschutzgesetz (öBGBI. Nr. 140/1979)
OLG	Oberlandesgericht
OLGZ	Entscheidungen der Oberlandesgerichte in Zivilsachen
öRGBI.	Reichsgesetzblatt für die im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder (Österreich)
österr.	österreichisch
öUGB	Österreichisches Unternehmensgesetzbuch (RGBI. 1897 S. 219)
öVerG	Österreichisches Vereinsgesetz (öBGBI. I Nr. 66/2002)
ÖZöffR	Österreichische Zeitschrift für öffentliches Recht
öZPO	Österreichische Zivilprozessordnung
Pat	Patents Court (Part of the Business and Property Court of the High Court of Justice of England and Wales)
PC	Judicial Committee of Her Majesty's Most Honourable Privy Council
Penn St. L. Rev.	Penn State Law Review
pol.	politisch
poln.	polnisch
portug.	portugiesisch
Pub.L.	public law
R. L. R.	Ritsumeikan Law Review
r+s	recht und schaden – Unabhängige Zeitschrift für Versicherungsrecht und Schadensersatz
RabelsZ	Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht
RAG	Reichsarbeitsgericht
RAGE	Entscheidungen des Reichsarbeitsgerichts
RdTW	Zeitschrift für Transportrecht und Schifffahrtsrecht mit dem Recht des Überseeverkehrs sowie Versicherungsrecht, Zollrecht und Außenwirtschaftsrecht
RdW	Österreichisches Recht der Wirtschaft
rechtl.	rechtlich
rechtsvergl.	rechtsvergleichend
Recueil des Cours	Recueil des cours de l'Académie de Droit International de la Haye
RefE	Referentenentwurf
RegE	Gesetzesentwurf der Bundesregierung
Rev. arb.	Revue de l'arbitrage
Rev. Bras. Arb.	Revista Brasileira de Arbitragem
RG	Reichsgericht
RGBI.	Reichsgesetzblatt
RGZ	Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen
richterl.	richterlich
RIW	Recht der internationalen Wirtschaft
RL	Richtlinie
RMJ	Reichsjustizministerium
Rn.	Randnummer, Randnummern
RNotZ	Rheinische Notar-Zeitschrift
ROHG	Reichsoberhandelsgericht

ROHGE	Entscheidungen des Reichsoberhandelsgerichts
Rom I-VO	Verordnung (EG) Nr. 593/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates v. 17.06.2008 über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht (ABl. Nr. L 177 S. 6, ber. 2009 Nr. L 309 S. 87)
Rom II-VO	Verordnung (EG) Nr. 864/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates v. 11.07.2007 über das auf außervertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht (ABl. Nr. L 199 S. 40, ber. 2012 Nr. L 310 S. 52)
röm.	römisch
Rpfleger	Der Deutsche Rechtspfleger
Rspr.	Rechtsprechung
RT	Reichstag
russ.	russisch
s	section
S.	Satz, Sätze; Seite, Seiten
S.Ct.	Supreme Court Reporter
S.D. Cal.	United States District Court for the Southern District of California
S.D. Fla.	United States District Court for the Southern District of Florida
S.D. Ind.	United States District Court for the Southern District of Indiana
S.D.N.Y.	United States District Court for the Southern District of New York
S.D. W. Va.	United States District Court for the Southern District of West Virginia
S.W. 2d	South Western Reporter, Second Series
SAcLJ	Singapore Academy of Law Journal
sBGG	Schweizerisches Bundesgerichtsgesetz v. 17.07.2005 (AS 2006 1205)
sBV	Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft v. 18.04.1999 (AS 1999 2556)
SchiedsG	Schiedsgericht; Schiedsgerichtsbarkeit
Schiedskonkordat	Konkordat v. 27.03.1969 über die Schiedsgerichtsbarkeit (AS 1969 1093)
SchiedsR	Schiedsrecht; Schiedsverfahrensrecht
SchiedsRÄG	Schiedsrechts-Änderungsgesetz 2006 (1158 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XXII. GP)
SchiedsVfG	Gesetz v. 22.12.1997 zur Neuregelung des Schiedsverfahrensrechts (BGBl. 1997 I S. 3224)
SchiedsVZ	Zeitschrift für Schiedsverfahren
schwed.	schwedisch
schweiz.	schweizerisch
SeuffA	J. A. Seuffert's Archiv für Entscheidungen der obersten Gerichte in den deutschen Staaten
SEV	Sammlung der Europäischen Verträge; Sammlung der Europaratsverträge
SGb	Die Sozialgerichtsbarkeit – Zeitschrift für das aktuelle Sozialrecht
SGCA	Court of Appeal of Singapore

SGG	Sozialgerichtsgesetz
SGHCR	Singapore High Court Registrar
SI	Statutory Instrument
sIPRG	Schweizerisches Bundesgesetz v. 18.12.1987 über das Internationale Privatrecht (AS 1988 1776)
SMS	Short Message Service
slowak.	slowakisch
So.3d	Southern Reporter Third
sog.	sogenannt
sOR	Bundesgesetz betreffend die Ergänzung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (Fünfter Teil: Obligationenrecht) (AS 27 317)
sowjet.	sowjetisch
span.	spanisch
SpuRt	Zeitschrift für Sport und Recht
staatl.	staatlich
Stat.	United States Statutes at Large
Striethorst Archiv	Archiv für Rechtsfälle aus der Praxis der Rechtsanwälte des Königlichen Ober-Tribunals
subj.	subjektiv
sublit.	sublittera
SZ	Entscheidungen des österreichischen Obersten Gerichtshofes in Zivilsachen
sZPO	Schweizerische Zivilprozessordnung (AS 2010 1739)
TCC	Technology and Construction Court (Part of the Business and Property Court of the High Court of Justice of England and Wales)
Term Rep.	Durnford & East's King's Bench Reports
Tex.	Supreme Court of Texas
Tex. App.	Court of Appeals of Texas
Tex. Civ. App.	Court of Civil Appeals of Texas
TranspR	Zeitschrift für das gesamte Recht der Güterbeförderung, der Spedition, der Versicherungen, des Transports, der Personenbeförderung
tunes.	tunesisch
u.	und
u.a.	unter anderem
U.C. Davis L. Rev.	UC Davis Law Review
U.S.	United States Reports
U.S. Const.	United States Constitution
U.S.C.	Code of Laws of the United States of America
UAbs.	Unterabsatz
UdSSR	Union der sozialistischen Sowjetrepubliken
UKSC	Supreme Court of the United Kingdom
UmwG	Umwandlungsgesetz
UNCITRAL	United Nations Commission on International Trade Law
UN-Dok.	Dokument der Vereinten Nationen
UNECE	United Nations Economic Commission for Europe
UNIDROIT	International Institute for the Unification of Private Law
UNTS	United Nations Treaty Series



UNÜ	New Yorker Übereinkommen v. 10.06.1958 über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche (BGBl. 1961 II S. 121, 122 [330 UNTS 3])
Urt.	Urteil
v.	von, vom
v. Chr.	vor Christus
Va. L. Rev.	Virginia Law Review
Vand. J. Transnat'l L.	Vanderbilt Journal of Transnational Law
Verf.	Verfasser
VersR	Versicherungsrecht
vertragl.	vertraglich
vgl.	vergleiche
VIAC	Internationale Schiedsinstitution der Wirtschaftskammer Österreich (Vienna International Arbitral Centre)
VN	Vereinte Nationen
Vol.	Volume
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung
VZS	Vereinigte Zivilsenate des Reichsgerichts
W.L.R.	Weekly Law Reports
WarnR	Die Rechtsprechung des Reichsgerichts auf dem Gebiete des Zivilrechts, soweit sie nicht in der amtlichen Sammlung der Entscheidungen des Reichsgerichts abgedruckt ist (Hrsg.: Warneyer, Otto)
Warschauer Abkommen	Warschauer Abkommen v. 12.10.1929 zur Vereinheitlichung von Regeln über die Beförderung im internationalen Luftverkehr (RGBl. 1933 II S. 1039, 1040 [137 LNTS 11])
wbl	Zeitschrift für österreichisches und europäisches Wirtschaftsrecht
Wilson	Wilson's King's Bench and Common Pleas Reports
WIPO	World Intellectual Property Organization
WL	Westlaw Transcript
WM	Zeitschrift für Wirtschafts- und Bankrecht
wörtl.	wörtlich
WpHG	Gesetz über den Wertpapierhandel
WuB	Entscheidungsanmerkungen zum Wirtschafts- und Bankrecht
WVRK	Wiener Übereinkommen v. 23.05.1969 über das Recht der Verträge (BGBl. 1985 II S. 926, 927 [1155 UNTS 331])
Y.B. Eur. Conv. on H. R.	Yearbook of the European Convention on Human Rights
Yale J. Int'l L.	Yale Journal of International Law
Yale L. J.	Yale Law Journal
YCA	ICCA Yearbook Commercial Arbitration
Z.	Zeile
z.B.	zum Beispiel
ZBB	Zeitschrift für Bankrecht und Bankwirtschaft
ZDAR	Zeitschrift für Deutsches und Amerikanisches Recht
ZEuP	Zeitschrift für Europäisches Privatrecht
ZEV	Zeitschrift für Erbrecht und Vermögensnachfolge
ZfBR	Zeitschrift für deutsches und internationales Bau- und Vergaberecht

ZfPW	Zeitschrift für die gesamte Privatrechtswissenschaft
ZfRV	Zeitschrift für Europarecht, Internationales Privatrecht und Rechtsvergleichung
ZGR	Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handels- und Wirtschaftsrecht
Ziff.	Ziffer
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
zit.	zitiert
ZJS	Zeitschrift für das Juristische Studium
ZLW	Zeitschrift für Luft- und Weltraumrecht
ZPO	Zivilprozessordnung
ZPR	Zivilprozessrecht
ZRG GA	Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte – Germanistische Abteilung
ZS	Zivilsenat
ZSchweizR	Zeitschrift für Schweizerisches Recht
Zürcher Kommentar sIPRG	Zürcher Kommentar zum Bundesgesetz über das internationale Privatrecht
Zust.	Zuständigkeit
zutr.	zutreffend
ZVertriebsR	Zeitschrift für Vertriebsrecht
ZVglRWiss	Zeitschrift für Vergleichende Rechtswissenschaft
ZVR	Zwangsvollstreckungsrecht
ZWE	Zeitschrift für Wohnungseigentumsrecht
ZZP	Zeitschrift für Zivilprozess
ZZPInt	Zeitschrift für Zivilprozess International
ZZZ	Schweizerische Zeitschrift für Zivilprozess- und Zwangsvollstreckungsrecht



## Kapitel 1

# Einleitung

*„Durch Schiedsgerichte! Wenn ich das Wort höre! Durch ein bürgerliches Schiedsgericht, das über Fragen des Lebens entscheidet, Gottes Willen ermittelt und die Geschichte bestimmt! Gut, soviel von den Taubenfüßen. Und wo bleiben die Adlersschwinge?“\**

Wann kann sich ein Beklagter<sup>1</sup> erfolgreich gegen eine Klage mit der Einrede verteidigen, dass aufgrund vertraglicher Vereinbarung nicht das angerufene staatliche Zivilgericht, sondern ein privates Schiedsgericht zur Streitentscheidung berufen ist? Dieser Frage geht die folgende Untersuchung unter einem besonderen Blickwinkel nach: demjenigen der Auslandsberührung.

### A. Problemaufriss

Die große Bedeutung, die der richterlichen Entscheidung über die Schiedseinrede (*exceptio arbitri*) zukommt, hebt eine jüngere Stellungnahme des früheren Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts *Papier* hervor. Selbiger weist darauf hin, dass „die allgemeine Rechtsschutzgarantie eine Gerichtsschutzgarantie“ ist und der „Justizgewährungsanspruch [...] auf [...] eine Streitentscheidung durch [...] richterliche Gewalt“ abzielt.<sup>2</sup> Zur Entscheidung der Hauptsache durch richterliche Staatsgewalt kommt es aber nicht, wenn die Schiedseinrede mit Erfolg erhoben wird.<sup>3</sup> Um dem Justizgewährungsanspruch der Parteien vor diesem Hintergrund gerecht zu werden, bedarf es nicht nur im reinen Inlandsfall, sondern auch bei der im heutigen Wirtschaftsleben häufigen Auslandsberührung<sup>4</sup> fundierter Maßstäbe und Prinzipien für die richterliche

\* *Naphta*, bei: *T. Mann*, *Der Zauberberg*, GKFA, 2002, Bd. 5.1, S. 580, Z. 3–7.

<sup>1</sup> Bei Personenbezeichnungen wird auf die gleichzeitige Verwendung grammatisch maskuliner und femininer Formen verzichtet. Beide Formen umfassen als generische Begriffe zugleich alle Geschlechteridentitäten.

<sup>2</sup> *Papier*, IWRZ 2016, 14.

<sup>3</sup> *Longrée/Wedel*, *SchiedsVZ* 2016, 237, bezeichnen die Entscheidung über die Schiedseinrede deshalb als „finale[n] verfassungs- und europarechtliche[n] Kontrollgegenstand“.

<sup>4</sup> Vgl. *Bermann*, *Recueil des Cours* 381 (2015), 41 Rn. 1 („[...] arbitration may fairly be regarded as the quintessential private international law endeavour.“).

Entscheidung über die Schiedseinrede. Schließlich muss hier nicht nur der übliche Gerichtskonflikt angemessen gelöst werden – entscheidet das Staats- oder das Schiedsgericht? –, sondern auch der Rechtskonflikt – herrscht inländisches oder ausländisches Recht?

In dieser Gegenüberstellung ist ein Staatsgericht ein Gericht, das selbst Hoheitsgewalt ausübt und seine Entscheidungsbefugnis aus seiner eigenen Staatlichkeit herleitet (Artt. 20 Abs. 2 S. 2, 92 ff. GG). Ein Schiedsgericht beruht demgegenüber auf einem Privatrechtsgeschäft und kann in aller Regel keine Hoheitsrechte ausüben.<sup>5</sup> Inländisches Recht ist wiederum das vom deutschen Rechtssetzer herrührende oder aufgrund der Übertragung oder der Ausübung von Hoheitsrechten im Geltungsbereich des Grundgesetzes aus anderen Gründen unmittelbar geltende Recht (etwa: Völker- oder Unionsrecht). Ausländisches Recht entspringt dagegen von einem nichtdeutschen Rechtssetzer und findet im Inland ohne einen Anwendungsbefehl des inländischen Rechts im Grundsatz keine Anwendung.<sup>6</sup>

Grundvoraussetzung für das Durchgreifen einer Schiedseinrede ist im Allgemeinen eine wirksame Schiedsvereinbarung.<sup>7</sup> Anhand von drei Fallkonstellationen aus der Rechtsprechung der letzten Jahre lässt sich die Vielfalt der in- und ausländischen Rechtsordnungen aufzeigen, welche die Schiedsvereinbarung und ihre Teilfragen beherrschen können.

In den sog. *Subway-Fällen*<sup>8</sup> wurde zwischen deutschen Franchisenehmern und einer niederländischen Franchisegeberin über die Wirksamkeit einer Schiedsvereinbarung mit Schiedsort New York nach österreichischem öABGB als in Liechtenstein geltendem Recht gestritten. Die Gerichte kamen im Wesentlichen zum Ergebnis, dass die deutschen Franchisenehmer durch diese Schiedsvereinbarung insbesondere aufgrund des auswärtigen Schieds- und Tagungsorts gem. § 879 Abs. 3 öABGB gröblich benachteiligt wurden und sie sich

<sup>5</sup> RG, Urt. v. 01.11.1923 – VI 1343/22, RGZ 107, 352 f. („privatrechtlich[e] Abmachung“ [Schiedsgericht] oder „staatliche[r] Gesetzesbefehl“ [Staatsgericht]); BGH, Urt. v. 09.02.1995 – III ZR 37/94, BGHZ 128, 380, 383 = DtZ 1995, 246 (gesetzlich angeordnete Schiedsgerichte seien „unecht[e] Schiedsgerichte“); MüKoZPO/Münch, Vor §1025 ZPO Rn. 1 f.

<sup>6</sup> R. Hübner, *Ausländisches Recht*, S. 67.

<sup>7</sup> Eine Schiedseinrede kann sich auch auf ein nichtvertragliches Privatrechtsgeschäft stützen (Schiedsverfügung; § 1066 ZPO). Die Schiedsverfügung unterscheidet sich jedoch so grundsätzlich von der typischeren Schiedsvereinbarung, dass sie in dieser Untersuchung weitgehend unberücksichtigt bleibt. – Umfassend zu letztwilligen Schiedsverfügungen jüngst: Gleim, *Schiedsverfügungen, passim*.

<sup>8</sup> OLG Dresden, Beschl. v. 07.12.2007 – 11 Sch 8/07, IPRax 2010, 241 f.; HansOLG Bremen, Beschl. v. 23.10.2008 – 2 Sch 2/08, NJOZ 2009, 1188 ff.; OLG Celle, Beschl. v. 04.11.2008 – 8 Sch 13/07, IPRspr 2008, Nr. 207, S. 658 ff.; OLG Jena, Beschl. v. 13.01.2011 – 1 Sch 1/08, IPRspr 2011, Nr. 293, S. 781 ff. – Dazu: *Eichel*, IPRax 2010, 219 ff.; *Kraayvanger*, IHR 2008, 120 ff.; *Schulz/Niedermaier*, *SchiedsVZ* 2009, 196 ff. – Aus anderer Perspektive (Zahlungsklage auf die Franchisegebühren) wiederum: OLG Düsseldorf, Urt. v. 12.07.2013 – VI-U (Kart) 1/13, BeckRS 2014, 12436 [unter II. A 1. b. aa. (1) (k)].

aufgrund ihrer Nichtteilnahme am Schiedsverfahren auf diesen Umstand auch weiter berufen konnten.

Der BGH befasste sich in einer ganzen Kette von Entscheidungen mit *Terminoptionsgeschäften* zwischen (zumeist) deutschen Verbrauchern und amerikanischen Brokerhäusern, die über Geschäftsbesorgungsverträge abgewickelt wurden, die Schiedsklauseln enthielten.<sup>9</sup> Gegen Schadensersatzklagen der deutschen Verbraucher verteidigten sich die amerikanischen Brokerhäuser mit der Schiedseinrede. Der BGH versagte ihr in jedem Fall den Erfolg: Die deutschen Verbraucher wurden nach deutschem Recht (§ 101 WpHG n. F.) für subjektiv schiedsunfähig befunden und die Schiedsvereinbarungen, die teilweise New Yorker Recht unterstellt worden waren, wurden zudem nach Art. II Abs. 1–2 UNÜ oder § 1031 Abs. 5 ZPO für formunwirksam gehalten.

Aus dem Bereich des internationalen Sports bietet der Verfahrenskomplex *Pechstein* reiches Anschauungsmaterial.<sup>10</sup> Gegen die Klage einer deutschen Eisschnellläuferin auf Feststellung der Rechtswidrigkeit einer gegen sie verhängten Dopingsperre und ein damit zusammenhängendes Schadensersatzbegehren verteidigte sich die *International Skating Union* mit Sitz in Lausanne (Schweiz) mit der Schiedseinrede. Der BGH befand, dass der *Court of Arbitration for Sports* – ebenfalls mit Sitz in Lausanne – ein „echtes“ Schiedsgericht sei, die Wettkampfmeldung, welche die Eisschnellläuferin für die Weltmeisterschaften in Hamar (Norwegen) unterzeichnet hatte, eine Schiedsvereinbarung

<sup>9</sup> BGH, Urt. v. 09.03.2010 – XI ZR 93/09, BGHZ 184, 365 Rn. 20–22 = NZG 2010, 550; Urt. v. 08.06.2010 – XI ZR 349/08, SchiedsVZ 2011, 46 Rn. 19–36; Urt. v. 08.06.2010 – XI ZR 41/09, RIW 2010, 885 Rn. 10–32 (österreich. Verbraucher); Urt. v. 25.01.2011 – XI ZR 350/08, SchiedsVZ 2011, 157 Rn. 19–27; Urt. v. 25.01.2011 – XI ZR 105/09, BeckRS 2011, 6493 Rn. 21; Urt. v. 25.01.2011 – XI ZR 106/09, RIW 2011, 487 Rn. 24–32; Urt. v. 22.03.2011 – XI ZR 197/08, NJW-RR 2012, 49 Rn. 16–27; Urt. v. 22.03.2011 – XI ZR 103/09, BeckRS 2011, 18692 Rn. 16–29; Urt. v. 12.04.2011 – XI ZR 101/09, NJOZ 2011, 1278 Rn. 16; Urt. v. 17.05.2011 – XI ZR 300/08, BeckRS 2011, 19584 Rn. 15. – Dazu: *Niedermaier*, SchiedsVZ 2012, 177 ff.; *Samtleben*, IPRax 2011, 469 ff.

<sup>10</sup> LG München I, Urt. v. 26.02.2014 – 37 O 28331/12, SchiedsVZ 2014, 100 ff. (Ausgangsstanz); OLG München, Urt. v. 15.01.2015 – U 1110/14 Kart, SchiedsVZ 2015, 40 ff. (Berufungsinstanz); BGH, Urt. v. 07.06.2016 – KZR 6/15, BGHZ 210, 292 ff. = NJW 2016, 2266 (Revisionsinstanz); Beschl. v. 12.07.2016 – KZR 6/15, NZKart 2016, 487 (Anhörungsrüge); Verfassungsbeschwerde unter Az. 1 BvR 2103/16 anhängig (Berichterstatterin: BVRin Ott). – Dazu: *Duve/Rösch*, SchiedsVZ 2015, 69 ff.; *Göksu*, causa sport 2014, 356 ff.; *Haus*, NZKart 2016, 366 ff.; *Heermann*, SchiedsVZ 2015, 78 ff.; *ders.*, NJW 2016, 2224 ff.; *Hess*, in: Hess (Hrsg.), Europäischer Gerichtsverbund, 2017, S. 125 ff.; *Longrée/Wedel*, SchiedsVZ 2016, 237 ff.; *Monheim*, SpuRt 2014, 90 ff.; *Muresan/Korff*, causa sport 2014, 199 ff.; *Pfeiffer*, SchiedsVZ 2014, 161 ff.; *Prütting*, SpuRt 2016, 143 ff.; *Rombach*, SchiedsVZ 2016, 276 ff.; *Thorn>Lasthaus*, IPRax 2016, 426 ff.; *Graf v. Westphalen*, SpuRt 2015, 186 ff.; *Wid-dascheck*, Dopingsünder, S. 24–29; *C. Wolf/Eslami*, in: FS Geimer, 2017, S. 807 ff. – Siehe auch die Entsch. im Streit um die Aufhebung des zugrunde liegenden CAS-Schiedsspruchs v. 25.09.2009 – CAS 2009/A/1912 & 1913, CAS Bulletin 2011/1, 133 ff.; BGer 4A\_612/2009 v. 10.02.2010, ASA Bulletin 28 (2010), 612 ff.; EGMR, Urt. v. 02.10.2018 – Nr. 40575/10, 67474/10, BeckRS 2018, 23523 – *Mutu u. Pechstein*. – Dazu: *Wilkmann*, Dopingsverfahren, S. 214–223.

nach schweizerischem Recht begründet habe und diese wiederum nach deutschem Kartellrecht wirksam sei.

Ein Gegenstand dieser Untersuchung wird so deutlich: die Erarbeitung und Entwicklung des in Deutschland für Schiedsvereinbarungen vor dem Einrederichter<sup>11</sup> geltenden Kollisionsrechts. Diese Erarbeitung steht dabei nicht für sich, sondern wird rechtsvergleichend mit den Antworten der schweizerischen und österreichischen Nachbarrechtsordnungen sowie des *common law*-Rechtskreises – namentlich dem englischen und amerikanischen Recht – kontrastiert, um so ein möglichst umfassendes Bild des Kollisionsrechts zu zeichnen und Konvergenzen und Divergenzen in der kollisionsrechtlichen Entwicklung aufzudecken.

Oft ist diesem Rechtskonflikt allerdings die Bestimmung desjenigen staatlichen oder privaten Spruchkörpers vorgelagert, der dieses Recht nach seinen Kollisionsnormen berufen darf – mithin der Gerichtskonflikt. Schließlich kommt zur Entscheidung nicht allein das staatliche Einredergericht in Betracht, sondern auch das (vermeintlich) berufene Schiedsgericht. Mit den Worten von *Justice Breyer*: „who – court or arbitrator – has the primary authority to decide“?<sup>12</sup> Die klassische deutsche Kompetenz-Kompetenz-Lehre hatte es dem Schiedsgericht in ihrer wechselhaften Entfaltung durch die deutsche Rechtsprechung ermöglicht, für staatliche Gerichte verbindliche Entscheidungen über die Schiedsbindung<sup>13</sup> des hauptsächlichen Streitgegenstands zu treffen, wenn die Parteien dem Schiedsgericht diese sog. Kompetenz-Kompetenz vertraglich zugesprochen hatten („Kompetenz-Kompetenz-Abrede“).<sup>14</sup> Diese Doktrin entspricht seit dem 01.01.1998 nicht mehr dem geltenden Recht (→ S. 51).

<sup>11</sup> Als „Einrederichter“ bezeichnet diese Untersuchung denjenigen staatlichen Richter, der sich in einem Hauptsacherechtsstreit mit einer Schiedseinrede konfrontiert sieht.

<sup>12</sup> *First Options of Chicago, Inc. v. Kaplan*, 514 U. S. 938, 942 (1995).

<sup>13</sup> Mit dem Begriff „Schiedsbindung“ beschreibt diese Untersuchung den Rechtszustand, dass ein materielles oder prozessuales Rechtsverhältnis Gegenstand einer Schiedsvereinbarung ist.

<sup>14</sup> Hist. Entwicklung der höchstrichterl. Rechtsprechung: Begründet durch RG, Urt. v. 12.01.1934 – VII 259/33, WarnR 26 (1932–1934), Nr. 42 S. 92, 93 f. („Die Rechtswirksamkeit des Schiedsvertrags hat das Schiedsgericht nur zu prüfen, wenn ihm diese Prüfung durch den Schiedsvertrag besonders übertragen ist, sonst fehlt ihm die sog. ‚Kompetenz-Kompetenz‘, d. h. die Prüfung seiner Zuständigkeit mit bindender Wirkung für alle Behörden [...]“); best. durch RG, Urt. v. 28.09.1934 – VII 29/34, HRR 1935, Nr. 538. Wieder aufgegeben durch RG, Urt. v. 22.12.1941 – VII 86/41, Deutsches Recht (Ausgabe A) 1942, 908, 910 („[...] niemals kann der Schiedsrichter die Frage, ob [...] ein gültiger Schiedsvertrag zugrunde liegt [...], mit einer den ordentlichen Richter [...] bindenden Wirkung entscheiden.“). An die vorherige Rspr. knüpfte aber BGH, Urt. v. 14.05.1952 – II ZR 276/51, MDR 1952, 487, 488 wieder an; mit Weiterentwicklung durch BGH, Urt. v. 03.03.1955 – II ZR 323/53, JurionRS 1955, 13178 Rn. 11–16 (Kompetenz-Kompetenz-Abrede jdf. für die Wirksamkeit einer Schiedsvereinbarung möglich); wieder offenlassend aber BGH, Urt. v. 05.12.1963 – KZR 9/62, GRUR 1964, 405, 407. Dogm. entfaltet durch BGH, Urt. v. 05.05.1977 – III ZR 177/74, BGHZ 68, 356, 365–368 = NJW 1977, 1397 (Kompetenz-Kompetenz-Abrede als staatsgerichtlich überprüfbare zweite Schiedsvereinbarung über die Schiedsbindung des hauptsächlichen Streitgegen-

Begreift man die Kompetenz-Kompetenz-Debatte jedoch nicht verengt auf die Befugnis zur Vereinbarung einer solchen Klausel, sondern umfassend, nämlich als Untersuchung der allgemeinen Kompetenzzuweisung im Widerstreit zwischen Staats- und Schiedsgericht, bleibt sie gerade für die Perspektive des staatlichen Einrederichters interessant.<sup>15</sup> Der begrifflichen Klarheit dient dabei die Unterscheidung von positiver und negativer Kompetenz-Kompetenz. Positive Kompetenz-Kompetenz beschreibt die Befugnis eines Schiedsgerichts, in einem anhängigen Schiedsverfahren über die eigene Zuständigkeit entscheiden zu können (§ 1040 Abs. 1 S. 1 ZPO),<sup>16</sup> mithin das heute wohl universal anerkannte Recht eines jeden Gerichts, selbst über die eigene Kompetenz befinden zu können.<sup>17</sup> Die negative Kompetenz-Kompetenz dient konzeptionell dagegen dem Schutz der positiven Kompetenz-Kompetenz eines Schiedsgerichts gegenüber den konkurrierenden Staatsgerichten. Sie fragt, ob, wann und mit welcher Prüfungsintensität ein Staatsgericht zur Untersuchung der Schiedsbindung eines Streitgegenstands befugt ist oder ob ein „Erstzugriffsrecht“ eines Schiedsgerichts besteht.<sup>18</sup>

Diese Gegenüberstellung verdeutlicht, dass die wohl weltweit<sup>19</sup> akzeptierte positive Kompetenz-Kompetenz für die Schiedseinrede bedeutungslos ist, be-

---

stands); Urt. v. 26.05.1988 – III ZR 46/87, NJW-RR 1988, 1526, 1527 (Kompetenz-Kompetenz-Abrede wirkt auch in der Einredesituation); best. durch BGH, Urt. v. 06.06.1991 – III ZR 68/90, NJW 1991, 2215. Mit Rücksicht auf die neue Rechtslage (RegE BT-Drs. 13/5274, S. 26, 44) aufgegeben durch BGH, Beschl. v. 13.01.2005 – III ZR 265/03, BGHZ 162, 9, 12–14 = NJW 2005, 1125 („Den Parteien der Schiedsvereinbarung ist es verwehrt, eine Kompetenz-Kompetenz des Schiedsgerichts zu begründen mit der Folge, daß dessen Zuständigkeitsbeurteilung die staatlichen Gerichte bände [...]“). Dem folgend: BGH, Beschl. v. 18.06.2014 – III ZB 89/13, NJW 2014, 3655 Rn. 26; Beschl. v. 24.07.2014 – III ZB 83/13, BGHZ 202, 168 Rn. 10 = NJW 2014, 3652.

<sup>15</sup> Ebenso: *Münch*, ZZPInt 19 (2014), 387, 388.

<sup>16</sup> RegE BT-Drs. 13/5274, S. 43; BGH, Beschl. v. 06.06.2002 – III ZB 44/01, BGHZ 151, 79, 80 f. = NJW 2002, 3031; *Born*, ICA, Bd. I, § 7.02 [E], S. 1069; *MüKoZPO/Münch*, § 1040 ZPO Rn. 4 f. – Gewisse positive Kompetenz-Kompetenz kam dem Schiedsgericht schon mit Inkrafttreten der CPO zu (*Hayum*, Schiedsvertrag, 1892, S. 71 f. mit Fn. 60). Zwar ermächtigte § 863 CPO i. d. F. v. 01.10.1879–31.12.1899 nicht zur positiven Entscheidung über die Schiedsbindung (BayObLG, Urt. v. 29.05.1897 – Reg.-Nr. I 49/97, SeuffA 53 [1898], 238, 240; *Gaupp*, CPO, 1881, Bd. III, S. 572 ff.), das Schiedsverfahren konnte aber auch ohne Erkenntnis über die Schiedsbindung ungehindert fortgeführt werden. Anders war es noch nach gemeinem Recht gewesen: Obertribunal zu Berlin, Entsch. v. 17.06.1856, SeuffA 12 (1859), 112 ff.

<sup>17</sup> *Bermann*, *Recueil des Cours* 381 (2015), 41, 103 Rn. 94.

<sup>18</sup> Vgl. *Bermann*, *Recueil des Cours* 381 (2015), 41, 109 Rn. 104 (Erstzugriffsrecht des Schiedsgerichts); *Born*, ICA, Bd. I, § 7.02 [E], S. 1069–1071; *Gaillard/Banifatemi*, in: *Gaillard/Di Pietro* (Hrsg.), *Arbitration Agreements*, 2009, S. 257, 258 (die besonders den Zeitaspekt betonen); *Poudret/Besson*, *Comparative Law*, Rn. 458; *Synková*, *Courts' Inquiry*, S. 73–75.

<sup>19</sup> *Born*, ICA, Bd. I, § 7.02, S. 1051 („universally-recognized principle of international arbitration law“); *Bermann*, *Yale J. Int'l L.* 37 (2012), 1, 14 mit Fn. 46; *Poudret/Besson*, *Comparative Law*, Rn. 459. – Zur Spiegelung in den Schiedsordnungen: *Bermann*, *Recueil des Cours* 381 (2015), 41, 105 f. Rn. 97.



trifft sie doch das schiedsrichterliche und nicht das staatsgerichtliche Verfahren. Anders liegt es hinsichtlich der negativen Kompetenz-Kompetenz: Ob, wann und mit welcher Prüfungsintensität der staatliche Einrederichter die Schiedsbindung des ihm vorliegenden Streitgegenstands untersuchen darf, wird in nicht wenigen Fällen eher darüber entscheiden, welcher Erfolg einer Schiedseinrede beschieden ist, als die „ideale“ materielle Rechtslage. Versteht man negative Kompetenz-Kompetenz derart weit, bleibt sie freilich amorph und deshalb wenig geeignet, in einzelnen Fallgestaltungen konkrete Zuständigkeitskonflikte zu lösen. Systematischer Klarheit entspricht es deshalb mehr, die jeweiligen Instrumente einer Rechtsordnung zur Bewältigung von Kompetenzkonflikten für sich zu würdigen und die Rechtsordnung dann in der Gesamtschau als eine solche einzuordnen, die das Konzept negativer Kompetenz-Kompetenz des Schiedsgerichts stärker oder schwächer betont.

Die besonders relevanten Instrumente negativer Kompetenz-Kompetenz aus der Sicht eines Einrederichters sind die Gewährung des Einwands anderweitiger Schiedshängigkeit, die Prüfungsintensität, mit der ein Einrederichter untersuchen darf und muss, ob der ihm vorliegende Streitgegenstand schiedsgebunden ist, die Gestattung von Kompetenz-Kompetenz-Abreden, die den Zugriff auf die prinzipale Schiedsvereinbarung verwehren, die staatsgerichtliche Bindung an schiedsrichterliche Entscheidungen und endlich die Zuerkennung von Präklusionen zugunsten des Beklagten aufgrund der Nichterhebung bestimmter Einwendungen oder Einreden im vorangegangenen oder parallelen Schiedsverfahren.

## B. Gang der Untersuchung

Diese Untersuchung erörtert also, welches Recht ein ordentliches Gericht, das über bürgerliche Rechtsstreitigkeiten nach der ZPO verhandelt (§§ 1025 Abs. 2, 1032 Abs. 1 ZPO i. V. m. § 3 Abs. 1 EGZPO i. V. m. § 13 GVG), anzuwenden hat, wenn es bei Auslandsberührung des Streitgegenstands darüber entscheidet, ob es eine Klage deshalb abweist, weil selbiger schiedsgebunden ist.<sup>20</sup>

Das zweite Kapitel behandelt dazu die Schiedseinrede des autonomen deutschen Rechts. Knapp werden die historischen und dogmatischen Grundlagen der Schiedseinrede erläutert, bevor ihre Zulässigkeit, ihre Begründetheit und ihre Rechtsfolge untersucht und ihre verfassungsrechtlichen Grenzen ermittelt werden. Internationale Bezüge bleiben hierbei noch unberücksichtigt. Der Schiedseinrede nach deutschem Recht werden im dritten Kapitel ihre funktio-

---

<sup>20</sup> Die Schiedseinrede, die vor den Gerichten für Arbeitssachen erhoben werden kann (§ 102 Abs. 1 ArbGG i. V. m. §§ 2 Abs. 1–2, 4 ArbGG), steht entsprechend ihrer geringeren praktischen Bedeutung dagegen im Hintergrund.

nalen Äquivalente im ModG und in den Vergleichsrechtsordnungen gegenübergestellt, um die verschiedenen Konzeptionen negativer Kompetenz-Kompetenz miteinander zu vergleichen. Das vierte Kapitel widmet sich der Rechtsgrundlage der Schiedseinrede bei Auslandsberührung und erörtert, inwiefern § 1032 Abs. 1 ZPO bei Auslandsberührung vor deutschen Gerichten durch staatsvertragliche Normen verdrängt wird. Steht sodann fest, welche Rechtsgrundlage die Schiedseinrede bei Auslandsberührung hat, erörtert das fünfte Kapitel die Struktur des Kollisionsrechts der Schiedseinrede, bevor die Kollisionsnorm der Schiedsvereinbarung bestimmt und das gefundene Kollisionsrecht mit den Lösungen der Vergleichsrechtsordnungen in Beziehung gesetzt wird. Das sechste Kapitel widmet sich den praktisch bedeutsamen kollisionsrechtlichen Teilfragen der Schiedsvereinbarung, etwa der Bestimmung des auf die Form einer Schiedsvereinbarung anzuwendenden Rechts. Abgerundet wird die Arbeit durch das siebte Kapitel, das einen Kodifikationsvorschlag anhand der zum Abschluss eines jeden Kapitels vertretenen Thesen unterbreitet.

## C. Methodik

In den Kategorien von *Gaillard*<sup>21</sup> für die wissenschaftliche Rechtfertigung von Erkenntnissen auf dem Gebiet der Schiedsgerichtsbarkeit folgt diese Arbeit dem positiv-rechtlich gefärbten *Westphalian Model*, das sich einerseits gegen die Alleinherrschaft des Rechts des Staates am Sitz des Schiedsgerichts verwahrt und andererseits kein weltweit geltendes, transnationales Recht der Schiedsgerichtsbarkeit (etwa ein *common law of arbitration*) ausmachen kann.<sup>22</sup> Folglich werden allein die Staaten als Rechtsquelle anerkannt, soweit sie ihre Souveränität nicht auf supranationale Organisationen übertragen haben. Jeder Staat mag die Schiedsgerichtsbarkeit nach seiner *Façon* gestalten, und allein die Verfasstheit dieses Staates bestimmt darüber, in welcher Weise völkervertragsrechtliche Instrumente auf dem Gebiet der Schiedsgerichtsbarkeit im horizontalen Verhältnis zwischen Privatrechtssubjekten Wirkungen entfalten.<sup>23</sup> *F. A. Mann* hat für diese Sichtweise den Terminus *lex facit arbitrum* geprägt.<sup>24</sup>

---

<sup>21</sup> *Gaillard*, Legal Theory, Rn. 11 ff. (Var. 1 [International Arbitration Relegated to a Component of a Single National Legal Order]: Rn. 11–22; Var. 2 [International Arbitration Anchored in a Plurality of National Legal Orders; Westphalian Model]: Rn. 23–39; Var. 3 [International Arbitration as an Autonomous Legal Order: The Arbitral Legal Order]: Rn. 40–67). – Siehe hierzu: *Bermann*, Recueil des Cours 381 (2015), 41, 210 ff. Rn. 260–270; *Niggemann*, in: FS Elsing, 2015, S. 367, 377–380.

<sup>22</sup> Ähnlich: *Bermann*, Recueil des Cours 381 (2015), 41, 66 f. Rn. 26 f., S. 216 Rn. 269.

<sup>23</sup> Siehe hierzu: *Gaillard*, Legal Theory, Rn. 32 f.

<sup>24</sup> *F. A. Mann*, in: FS Domke, 1967, S. 157 ff. (= ArbInt 2 [1986], 241 ff.).

Rechtstheoretisch ist diese Sichtweise Konsequenz des Fehlens einer *rule of recognition*,<sup>25</sup> anhand derer überprüft werden könnte, ob ein behaupteter Satz transnationalen Schiedsrechts in der Tat *Recht* ist. Jede Formulierung eines weltweit geltenden transnationalen Schiedsrechts setzt zumindest einen sozialen Konsens über einen Rechtserzeugungsmechanismus voraus, der noch unerreicht bleibt. Der staatliche Richter, der aus der Einredeperspektive auf die Schiedsgerichtsbarkeit blickt, bleibt deshalb allein an das in seinem Staat geltende<sup>26</sup> Recht gebunden. Er braucht behauptetes transnationales Schiedsrecht nicht zu berücksichtigen.

---

<sup>25</sup> Zu ihrer Bedeutung: Hart, *Concept of Law*, S. 100.

<sup>26</sup> Vgl. R. Hübner, *Ausländisches Recht*, S. 33–67, insbes. S. 66f. (zur *Geltung* aufgrund anzuwendender Kollisionsnormen berufenem ausländischen Recht im Inland [Hervorheb. d. Verf.]).

## Kapitel 2

### Die Schiedseinrede gem. § 1032 Abs. 1 ZPO

Die Schiedseinrede gilt als die bedeutendste prozesshindernde Einrede des deutschen Zivilprozessrechts.<sup>1</sup> Als prozesshindernde Einreden<sup>2</sup> oder Prozesshindernisse<sup>3</sup> werden diejenigen Sachentscheidungsvoraussetzungen bezeichnet, die ein Gericht nur auf Rüge des Beklagten (oder Widerbeklagten) hin zu beachten hat.<sup>4</sup> Die prozesshindernden Einreden lassen sich als Restbestand der überwundenen Theorie der zweiseitigen Prozessbegründung des gemeinen Rechts deuten. Nach dieser Theorie hatten Klage und Klageerwiderung erst gemeinsam als eine Art öffentlich-rechtlicher Vertrag zwischen den Parteien und dem Gericht zur Zulässigkeit der Klage geführt (*litis contestatio*).<sup>5</sup> Dieser Zusammenhang ergibt sich daraus, dass der Beklagte über die prozesshindernden Einreden die Zulässigkeit der Klage kontrolliert, obwohl der Streitgegenstand heute an sich allein durch den Kläger beherrscht wird.<sup>6</sup>

Der Begriff des Prozesshindernisses darf freilich nicht dahingehend missverstanden werden, dass sein Bestehen ein Hindernis für den Prozess als solchen wäre. Gemeint ist nur, dass keine gerichtliche Sachentscheidung ergehen darf, wenn ein Prozesshindernis besteht.<sup>7</sup> Gleichbedeutend könnte deshalb auch von einem Sachentscheidungshindernis<sup>8</sup> oder einer sachentscheidungshindernden Einrede<sup>9</sup> gesprochen werden.

---

<sup>1</sup> *Münch*, in: FS Geimer, 2017, S. 461, 475; Stein/Jonas/Schlosser, § 1032 ZPO Rn. 1; G. Wagner, Prozeßverträge, S. 578. – Siehe zur Einordnung der Schiedseinrede als prozesshindernder Einrede bereits: *Schultzenstein*, ZZP 41 (1911), 351, 353–355.

<sup>2</sup> Von „Prozeßhindernde[n] Einreden“ sprach auch die ZPO a. F. Der Begriff findet sich weiterhin in der amtl. Überschrift von § 102 ArbGG.

<sup>3</sup> OLG Düsseldorf, Urt. v. 17.11.1995 – 17 U 103/95, RIW 1996, 239; *Münch*, in: FS Geimer, 2017, S. 461, 466 (zur Schiedseinrede).

<sup>4</sup> *Blomeyer*, Erkenntnisverfahren, § 39 I. 2. u. II., S. 226 f.; *Braun*, ZPR, § 13 II. 2., S. 197; *Rosenberg/Schwab/Gottwald*, ZPR, § 94 Rn. 1. – *G. Wagner*, Prozeßverträge, S. 244 nennt vier Wesensmerkmale (einredewegige Berücksichtigung, Beweislast des Beklagten, Verzichtbarkeit und Präklusionsbedrohtheit).

<sup>5</sup> *O. Bülow*, Prozesseinreden, S. 2 f.; *Schultze*, KritV 18 (1876), 211, 213 f.

<sup>6</sup> Zum Ganzen: *Braun*, ZPR, § 13 I. 4., S. 195; *Schlinder*, Litis contestatio, S. 632 f.

<sup>7</sup> *Braun*, ZZP 131 (2018), 277, 290–292; *Schilken*, ZPR, Rn. 327 f.

<sup>8</sup> *Schilken*, ZPR, Rn. 327 f.

<sup>9</sup> *Hartmann*, Beschlussanfechtungsklage, S. 84.

## A. Grundlagen der Schiedseinrede

Die wechselvolle<sup>10</sup> und lange<sup>11</sup> Geschichte der Schiedsgerichtsbarkeit ist nicht Gegenstand dieser Untersuchung.<sup>12</sup> Um das Prozesshindernis der Schiedseinrede aber nach heutigem Recht angemessen erörtern zu können, bietet sich ein knapper Überblick über seine historischen Vorbedingungen an.<sup>13</sup>

### I. Historische Entwicklung zu § 1032 Abs. 1 ZPO

Das römische Recht kannte während seiner gesamten Entwicklung keine Schiedseinrede.<sup>14</sup> Statt der prinzipialen Durchsetzung einer Schiedsvereinbarung (*compromissum*) als Verteidigungsmittel gegen die gerichtliche Inanspruchnahme verwies es den Beklagte auf die Verwirkung einer vereinbarten Vertragsstrafe (*stipulatio poenae*), deren beiderseitiges Versprechen Wirksamkeitsvoraussetzung einer jeden Schiedsvereinbarung war.<sup>15</sup> Die Möglichkeit, eine Schiedsvereinbarung als materielles Verteidigungsmittel in einem gerichtlichen Erkenntnisverfahren einzusetzen, wird vielmehr als „deutschrechtlichen“ Ursprungs bezeichnet.<sup>16</sup> So war in den deutschen Territorien je-

<sup>10</sup> „Die Ansichten über den Werth der Schiedsgerichte sind sehr getheilt.“ (*Hahn*, Materialien zur CPO, 1880, S. 489). – „Ein zeitgemäßes [...] Recht soll das Ansehen der Bundesrepublik Deutschland als Austragungsort internationaler Schiedsstreitigkeiten fördern.“ (RegE BT-Drs. 13/5274, S. 1).

<sup>11</sup> *Gal*, in: Collin (Hrsg.), *Justice without the State*, 2016, S. 157, 159 verortet den Ursprung der Schiedsgerichtsbarkeit im 19. Jahrhundert v. Chr. im assyrischen Recht. – Ins Fabelhafte weist: *Born*, ICA, Bd. I, § 1.01 [A], S. 7f.

<sup>12</sup> Zu den römisch-rechtl. Grundlagen: *Bornhak*, ZZP 30 (1902), 1 ff.; *Littauer*, ZZP 55 (1930), 1, 7–10; *Roebuck/de Fumichon*, Roman Arbitration, *passim*; *Ziegler*, Schiedsgericht im röm. Recht, *passim*; *Zimmermann*, Obligations, S. 526–530. – Einen Überblick über die dt. Rechtsentwicklung bieten: *André*, Grundzüge, 1860, S. 1–66 (zum gemeinen Recht); *Gal*, in: Collin (Hrsg.), *Justice without the State*, 2016, S. 157, 159 ff.; *Krause*, Entwicklung, *passim*; *ders.*, IntJbSchiedsg. 3 (1931), 220 ff.; *Nörr/Schlecht*, in: Piergiovanni (Hrsg.), *lex mercatoria*, 2005, S. 165 ff.; *Nussbaum*, ZZP 42 (1912), 254 ff. – Einblicke in die Sicht der Pandektistik des 18. Jahrhunderts bieten: v. *Glück*, Pandecten, Theil VI, Abt. I, 1800, §§ 475–484, S. 65–105; *Köchy*, Pandecten, Theil II, Abt. I, 1801, §§ 475–484, S. 257–290 (mit breiter Übersicht über das schiedsrechtliche Schrifttum des 16. u. 17. Jahrhunderts: S. 258 Fn. b).

<sup>13</sup> Eingehend zur dt. Gesetzgebungshistorie: *Münch*, in: FS Geimer, 2017, S. 461, 462–466.

<sup>14</sup> *Roebuck/de Fumichon*, Roman Arbitration, S. 126–128 (D. 4. 8. 30 [Paul. 13 ed.]). – Siehe auch *Zimmermann*, Obligations, S. 527 zum Umstand, dass in nachklassischer Zeit zwar nach Ergehen eines Schiedsspruchs (*sententia arbitri*) die *exceptio veluti pacti ex compromisso* gewährt wurde, zuvor jedoch keine *exceptio pacti*.

<sup>15</sup> *André*, Grundzüge, 1860, S. 19; *Hayum*, Schiedsvertrag, 1892, S. 59f. mit Fn. 16; *Lehne-Gstreinthal*, in: Pfeifer/Grotkamp (Hrsg.), Außergerichtliche Konfliktlösung, 2017, S. 141, 158 f.; *Lukits*, SchiedsVZ 2013, 269, 271; *B. Mayer*, Rechtsstreitsentscheidung, 1888, S. 26 f.; *Mayr*, Schiedsvereinbarung, S. 23; *Ziegler*, Schiedsgericht im röm. Recht, S. 68–70, 285; *Zimmermann*, Obligations, S. 526–530.

<sup>16</sup> *Krause*, IntJbSchiedsg. 3 (1931), 220, 230.

## Sachverzeichnis

- Abschlusskontrolle *siehe* Einbeziehungs-  
kontrolle
- Abtretung
- deutsches Sachrecht 79–80
  - Kollisionsrecht 264
- accidentalia negotii* 94
- ADR-Richtlinie 71–72
- Aeroflot (Joint Stock Company ‚Aeroflot-  
Russian Airlines‘ v Berezovsky)* 119
- AGB-Kontrolle
- deutsches Sachrecht 69–77
  - CISG 212–213
  - Kollisionsrecht 266–268
- agreement to arbitrate arbitrability siehe*  
Kompetenz-Kompetenz-Abrede
- Aikens, Sir Richard John Pearson 115,  
116
- Allgemeine Geschäftsbedingungen *siehe*  
AGB-Kontrolle, Einziehungskon-  
trolle, Inhaltskontrolle
- Al-Naimi (Ahmad Al-Naimi [T/A Build-  
master Construction Services] v Is-  
lamic Press Agency Incorporated)* 119
- Alternative Anknüpfung 237, 247–248,  
271, 276–279
- Analogie 20–21, 233–234, 245–246, 314
- Analytische Methode des Internationalen  
Privatrechts 189, 267
- Anationaler Schiedsspruch 222
- Anationales Recht der Schiedsverein-  
barung *siehe* *règles matérielles*
- Anspruch
- vermögensrechtlicher 66–67, 140,  
147, 312, 338
  - nichtvermögensrechtlicher 67–68,  
147, 312
- anti-suit injunction* 110–111
- application notice* 114
- Arbeitnehmer 249–251
- Arbeitsgerichtsgesetz 6, 65–66, 251, 303
- arbitrage «forcé»* 100–102, 104
- arbitrage volontaire* 97–99
- Arglist, Gegeneinwand der
- deutsches Sachrecht 86–89, 91
  - Kollisionsrecht 203–204
- Arsanovia (Arsanovia Ltd v Cruz City  
1 Mauritius Holdings)* 270
- Athener Übereinkommen 221, 303
- Aufrechnung 22, 42–43
- autonomistische Schule 208
- Bakhtov, Konstantin Konstantinovich  
228, 315
- Beschränkung der Schiedseinrede 145
- Beweislast
- deutsches Sachrecht 90–91
  - Kollisionsrecht 207
- Beweismaß 194–197
- Bewirkungshandlung 16
- Breyer, Stephen Gerald 4
- Buckley, Sir Denys 201
- Bülow, Arthur 158–159, 182, 228
- Bündelungsmodell 191–192
- Bürgschaft
- deutsches Sachrecht 80–81
  - Kollisionsrecht 265
- Charakteristische Leistung der Schieds-  
vereinbarung 234, 246–247, 280
- CISG 212–215, 284, 296
- clear and unmistakable evidence*
- englisches Recht 115–116
  - amerikanisches Recht 125–126, 127,  
272–273
- CMR 215–219, 284, 296, 303
- Cohn, Haim 158
- Lord Coke 111
- Commerce Clause* 121

- common law of arbitration* 7, 323  
*compromissum* 10–11  
 Consumer Rights Act 2015 117  
 COTIF 221, 303  
*Court of Arbitration for Sports* 3–4, 36, 38, 100–102  
 CPO 5, 10–14, 60, 287
- Dalico (Municipalité de Khoms El Mergeb v. société Dalico)* 222–224  
*Dallah (Dallah Real Estate and Tourism Holding Company v The Ministry of Religious Affairs)* 224  
 Darlegungslast *siehe* Beweislast  
*delegation provision* *siehe* Kompetenz-Kompetenz-Abrede  
*déni de justice* 57–58, 85  
 derivative subjektive Schiedsbindung  
 – deutsches Sachrecht 79–82  
 – Kollisionsrecht 263–265
- Deutsch-amerikanischer Freundschafts-, Handels- und Schifffahrtsvertrag vom 29.10.1954 186–188, 317–318  
 Deutsch-sowjetisches Abkommen vom 25.04.1958 183–184, 295  
 Deutsch-tunesischer Vertrag vom 19.07.1966 184–186, 295–296, 304–305, 310–311  
 DIS 15, 71, 238  
*Dow Chemical (Dow Chemical v. Isovex Saint Gobain)* 79  
 Duplikation 161  
 Durchgriffshaftung, gesellschaftsrechtliche 82
- effet atténué* 255  
*effet négatif* 59–60, 103, 108–109, 136–138, 148, 194–197, 333–335  
*Egiazaryan (Egiazaryan v OJSC OEK Finance)* 271–272  
 Einbeziehungskontrolle  
 – deutsches Sachrecht 69, 74–75  
 – Kollisionsrecht 238, 266–268  
 Eingriffsnormen 251–252, 267–268  
 Einheitlichkeit der Kostenentscheidung 173  
 Einheitsrecht 211–212  
 Einheitsstatut, Lehre vom 204–205
- Einrede, prozesshindernde 9, 12–15, 16–18, 81, 90, 103  
 Einrede, sachentscheidungs-hindernde *siehe* Einrede, prozesshindernde  
 Einredegerecht *siehe* Einrederichter  
 Einrederichter 4  
 Einstweiliger Rechtsschutz 36–39  
 Elementkollisionsnorm 191–192  
 EMRK 84, 97–102, 104, 194, 200  
 Entschließungsermessen  
 – ModG 110–111  
 – englisches Recht 112, 117–118  
 Erbschaft  
 – deutsches Recht 79  
 – Kollisionsrecht 264  
 Erwirkungshandlung 16–17, 28–29, 89, 103, 189  
 Eskalationsklausel 128  
 EuGVVO 27–28, 57, 59, 138  
 EuÜ  
 – Anwendbarkeit 167–170  
 – Anderweitige Schiedshängigkeit 171–173  
 – Schiedseinrede 174–179  
 – Kollisionsnorm 231–235  
*Evrigenis/Kerameus*-Bericht 27  
*ex aequo et bono* 249  
*exceptio pacti* 10–12, 13–14, 15
- falsus procurator* *siehe* Vertreter ohne Vertretungsmacht  
*favor validitatis*-Prinzip 139–140, 276–277, 279, 285  
*First Options (First Options of Chicago, Inc. v. Kaplan)* 4, 125–126, 209, 273, 274  
 Form der Schiedseinrede  
 – deutsches Recht 29–31  
 – UNÜ 161–162  
 Form der Schiedsvereinbarung  
 – deutsches Recht 61–63, 287  
 – amerikanisches Recht 129  
 – schweizerisches Recht 140  
 – österreichisches Recht 146  
 – UNÜ 291–294  
 – EuÜ 294–295  
 – sonstiges Staatsvertragsrecht 215, 218, 220, 295–296

- rechtsvergleichende Übersicht 297
- Kollisionsrecht *siehe* Kollisionsrecht der Form der Schiedsvereinbarung
- Form der Vollmacht zum Abschluss einer Schiedsvereinbarung
  - deutsches Recht 63–64
  - österreichisches Recht 282–283
  - rechtsvergleichende Übersicht 328–329
  - Kollisionsrecht *siehe* Kollisionsrecht der Form der Vollmacht zum Abschluss einer Schiedsvereinbarung
- Formstatut *siehe* Kollisionsrecht der Form der Schiedsvereinbarung
- forum regit processum* *siehe* *lex fori*-Grundsatz
- Freiwilligkeit, Prinzip der 95–102
  - Abschlusskontrolle 96
  - Inhaltskontrolle 96
- Frist der Schiedseinrede
  - deutsches Recht 31–34
  - ModG 107
  - englisches Recht 114
  - amerikanisches Recht 123–124
  - schweizerisches Recht 136
  - EuÜ 174–176
- Garantie
  - deutsches Recht 80–81
  - Kollisionsrecht 265
- gateway issues* *siehe* *substantive arbitrability*
- Gegenseitigkeitsvorbehalt (UNÜ) *siehe* Vertragsstaatenvorbehalt (UNÜ)
- Gemeines Recht *siehe* *ius commune*
- Genfer Abkommen 155, 187, 227, 288, 290, 304, 306, 315
- Genfer Protokoll 18, 110, 155, 165, 169, 180–183, 227, 289, 291, 304
- genuine dispute* 30, 107
- Gericht, staatliches *siehe* Staatsgericht
- Geschäftsfähigkeit
  - Sachrecht 64, 124
  - Kollisionsrecht 314, 319, 331, 339
- Geschäftsgrundlage, große 86
- Giuliano/Lagarde*-Bericht 226, 287
- Gleichlaufgebot 55–56
- Golder* (*Golder v United Kingdom*) 97
- Granite Rock* (*Granite Rock Co. v International Broth. of Teamsters*) 124, 127–128
- group of companies*-Doktrin 79, 253, 263
- groupe de sociétés* *siehe* *group of companies*-Doktrin
- Gründungstheorie 317–318
- Lord Hamblen 270–271
- Handelsgeschäft, internationales (EuÜ) 169–170
- Handelssachenvorbehalt (UNÜ) 159, 250
- HandelsvertreterRL 256–257
- Hauptsachestatut 199, 217–219, 220, 240–241, 246, 248–249, 337
- Heidelberger Report 21
- Heimwärtsstreben 203–204, 241, 279
- hidden pro-validation approach* 236, 271, 281
- Howsam* (*Howsam v. Dean Witter Reynolds, Inc.*) 128–129
- ICCA Guide 157
- ICC-Musterschiedsvereinbarung 245
- in favorem validitatis* *siehe* *favor validitatis*-Prinzip
- Ingmar* (*Ingmar GB Ltd v Eaton Leonard Technologies Inc.*) 256–257
- Inhaltskontrolle
  - deutsches Sachrecht 69–77
  - Kollisionsrecht 238, 267–268, 285
- inherent jurisdiction*
  - englisches Recht 116, 118–120, 149, 150
  - amerikanisches Recht 132–133, 149, 150
- inherent power* *siehe* *inherent jurisdiction*
- Insolvenzverwalter
  - deutsches Recht 80
  - Kollisionsrecht 265, 319–320
- Inter-American Convention on International Commercial Arbitration 122, 123
- International Skating Union* 3
- interstate commerce* 121, 122
- ius commune* 5, 9, 10–12, 20



- Justizgewährungsanspruch 1–2, 91–97,  
102, 103, 119, 172, 196–197, 205, 255,  
261
- Justizhoheit 205
- KA Finanz (KA Finanz AG v Sparkassen  
Versicherung AG Vienna Insurance  
Group)* 264
- Kauffmann, Gustav 13
- Kinder *siehe* Geschäftsfähigkeit
- Klauselrichtlinie 72–74
- Kognitionsbefugnis
- deutsches Recht 51, 59–60
  - ModG 108–109
  - englisches Recht 114–116
  - schweizerisches Recht 136–138
  - österreichisches Recht 145–146
  - UNÜ 162, 188
  - Kollisionsrecht 194–197
  - Ausblick 334, 336
- Kollisionsnorm für die Schiedsvereinbarung, Rechtsordnungen mit geschriebener 276
- Kollisionsrecht der Form der Schiedsvereinbarung
- deutsches Recht 199, 287–302
  - schweizerisches Recht 278
  - österreichisches Recht 283
- Kollisionsrecht der Form der Vollmacht zum Abschluss einer Schiedsvereinbarung
- österreichisches Recht 282–283, 283–284
  - deutsches Recht 328–330, 332
  - Ausblick 338, 340
- Kollisionsrecht der objektiven Schiedsfähigkeit
- deutsches Recht 162, 197, 199, 303–313, 331
  - schweizerisches Recht 278
  - österreichisches Recht 281–282
  - Ausblick 337, 339
- Kollisionsrecht der Schiedsvereinbarung
- deutsches Recht 198–200, 224–268, 284
  - englisches Recht 268–272
  - amerikanisches Recht 272–275
  - schweizerisches Recht 276–279
  - österreichisches Recht 279–284
  - Ausblick 337, 338–339
- Kollisionsrecht der subjektiven Schiedsfähigkeit
- deutsches Recht 199, 313–323, 331–332
  - österreichisches Recht 282
  - Ausblick 337–338, 339
- Kollisionsrecht der Vollmacht zum Abschluss einer Schiedsvereinbarung
- österreichisches Recht 282–283
  - deutsches Recht 325–328, 332, 338
- Kompetenz-Kompetenz 4–6
- negative *siehe* negative Kompetenz-Kompetenz
  - positive *siehe* positive Kompetenz-Kompetenz
- Kompetenz-Kompetenz-Abrede
- deutsches Recht 4–5, 6, 51, 68
  - englisches Recht 115–116
  - amerikanisches Recht 125–128
  - UNÜ 162, 197
  - Kollisionsrecht 197, 284
  - Ausblick 336, 339
- Kompetenzrüge, kombinierte 87–88
- Konvergente Kollisionsnorm für die Schiedsvereinbarung 233–235, 247–248, 257, 258, 284, 310–311, 316
- Koral, Rabi 158
- Korintherbrief, Erster 210
- Kostenregelung, prohibitive 76
- Kumulationslehre
- Urteilsanerkennungsrecht 24, 206
  - Kollisionsrecht der objektiven Schiedsfähigkeit 304–311
- Lagertheorie 50
- Landis (Landis v. North American Co.)* 132
- Ledee*-Kriterien 157, 273, 275
- Legaldefinition der Schiedsvereinbarung
- deutsches Recht 45
  - österreichisches Recht 146
- Leistungsunfähigkeit *siehe* Mittellosigkeit
- Leistungsunwilligkeit 84, 88–89
- lex fori*-Grundsatz 189–191, 196–197, 203–204
- lex normae* 192–193, 195, 206, 252

- lex posterior non derogat conventioni priori* 160, 230
- Lightman, Sir Gavin Anthony 119–120
- lis alibi pendens* siehe Schiedshängigkeit, anderweitige
- litis contestatio* 9
- Litiskontestation siehe *litis contestatio*
- Litispensens siehe Schiedshängigkeit, anderweitige
- Locke, John 112
- locus regit formam actus* 301
- Loi sur la procédure civile du canton de Genève* 133
- LugÜ II 27–28, 134–135, 186–187
- Mahnverfahren 41–42
- mailbox rule* 259
- Lord Mance 115, 164, 222, 224
- Mann, Thomas 1
- Mannheimer Akte siehe Revidierte Rheinschiffahrtsakte
- Meistbegünstigungsgrundsatz 179, 185, 187, 247–248, 283, 288–291, 295, 296–297, 310–311, 329, 331
- Mietverhältnis 66–67, 312–313
- Minderjährigkeit siehe Geschäftsfähigkeit
- Mittellosigkeit
- deutsches Recht 83–84, 88–89, 200, 201
  - englisches Recht 117, 200, 201
  - schweizerisches Recht 141, 200
  - österreichisches Recht 147, 200–201
  - amerikanisches Recht 200
  - Kollisionsrecht 200–203
- ModG 6–7, 15, 32, 36–37, 106–111, 113, 142, 150, 293, 297, 299
- Montrealer Übereinkommen siehe MÜ
- Moore-Bick, Sir Martin James 119, 270
- Moses H. Cone (Moses H. Cone Memorial Hosp. v. Mercury Constr. Corp.)* 132
- MÜ 219–220, 284, 296, 303
- Musterschiedsvereinbarungen 238–239, 245
- Mutu und Pechstein (Mutu and Pechstein v. Switzerland)* 3, 98, 100–102
- Nahbereichsbürgschaften 97
- ne bis in idem* siehe Wiederholungsverbot
- Nebentätigkeitsgenehmigung 85–86
- negative Kompetenz-Kompetenz
- deutsches Recht 5–6, 20, 51–60, 103
  - ModG 108–109
  - englisches Recht 114–116
  - amerikanisches Recht 125–129
  - schweizerisches Recht 136–139, 142
  - österreichisches Recht 145–146, 148
  - Rechtsvergleich 148–149, 150–151
  - UNÜ 162, 188
  - EuÜ 171–173, 188
  - Kollisionsrecht 194–198, 284
  - Ausblick 333–335
- Baron Neuberger of Abbotsbury 270
- New York Arbitration Act 1920 122
- nichtstaatliches Recht 7, 248–249
- non ouster*-Doktrin 112, 120
- Normdisposition 19
- order to compel arbitration*
- ModG 110–111
  - amerikanisches Recht 122–123
  - deutsches Kollisionsrecht 191, 204–207
  - amerikanisches Kollisionsrecht 273–274
- ordre public*-Vorbehalt
- positiver siehe Eingriffsnormen
  - negativer 202–203, 252–257, 284–285
  - primäre Kontrolle 202–203, 254–255, 259, 262–263
  - sekundäre Kontrolle 255–257
  - materiell-rechtlicher 256–257
  - verfahrensrechtlicher 257
  - Ausblick 337
- originäre subjektive Schiedsbindung
- deutsches Recht 78–79
  - Kollisionsrecht 262–263, 284–285, 328
- Parlamentarischer Rat 91
- Partenreederei 81
- Pechstein*-Verfahrenskomplex 3–4, 95–97, 100–102, 235, 251
- Personengesellschafterhaftung
- deutsches Recht 81, 95
  - Kollisionsrecht 263, 265, 271–272

- plain meaning rule* 130
- positive Kompetenz-Kompetenz 5–6, 116
- Präklusion der Schiedseinrede 31–33
- Präklusion, verfahrensübergreifende
- deutsches Recht 53–55, 334
  - schweizerisches Recht 139
  - EuÜ 176–179, 188
  - Kollisionsrecht 197–198
- preemption-Doktrin* 121, 129, 275
- prima facie*-Maßstab *siehe effct négatif*
- Prima Paint (Prima Paint Corp. v. Flood & Conklin Mfg. Co.)* 124, 126
- Prinzip der weiten Auslegung von Schiedsvereinbarungen 77–78
- procedural arbitrability siehe procedural questions-Doktrin*
- procedural questions-Doktrin* 124, 128–129, 149, 150
- Prozesshandlungsvoraussetzungen 16–17, 29
- Prozesshindernis *siehe* Einrede, prozesshindernde
- Prozessrechtsvergleichung 105–106
- Prozessschiedsspruch 55–59, 87, 103, 197–198, 260
- Prozessvertrag 19, 207–211
- Prozessvollmacht 242–243, 326
- Qualifikation als Schiedsvereinbarung 44–50, 103, 191–194, 336
- Qualifikation der Schiedsvereinbarung *siehe* Rechtsnatur der Schiedsvereinbarung
- Qualifikation, Begriff der 191–192, 257
- Qualifikationsstatut 194
- Racecourse Betting Control Board v Secretary for Air* 118–119
- Recht, ausländisches 2
- Recht, inländisches 2
- Rechtsfolge der Schiedseinrede
- deutsches Recht 89–90
  - ModG 110–111
  - englisches Recht 117–118
  - amerikanisches Recht 130–131
  - schweizerisches Recht 141–142
  - österreichisches Recht 147–148
  - UNÜ 165–166
  - Kollisionsrecht 204–207
  - Ausblick 337
- Rechtskraft, Einrede anderweitiger 23–25, 173
- Rechtsmittel gegen die Entscheidung über die Schiedseinrede
- deutsches Recht 30–31, 90
  - englisches Recht 118
  - amerikanisches Recht 130–131
  - schweizerisches Recht 141–142
  - österreichisches Recht 147–148
- Rechtsnatur der Schiedsvereinbarung 207–211
- Rechtsprechungsmonopol 67–68, 303, 308–309
- Rechtsscheinvollmacht 263, 328
- Rechtswahl für die Schiedsvereinbarung, ausdrückliche
- deutsches Kollisionsrecht 237–239
  - englisches Kollisionsrecht 269–270
  - schweizerisches Kollisionsrecht 277
  - österreichisches Kollisionsrecht 280–281
- Rechtswahl für die Schiedsvereinbarung, konkludente
- deutsches Kollisionsrecht 239–244
  - englisches Kollisionsrecht 269–271
  - schweizerisches Kollisionsrecht 277
  - österreichisches Kollisionsrecht 280–281
- Rechtswahlvereinbarung 238, 248–251
- Regelungsvorschlag, eigener 338–340
- règle de droit international privé matériel* 278, 282, 338
- règles matérielles* 212, 222–224, 284
- Reichweite des Schiedsvereinbarungsstatuts
- deutsches Kollisionsrecht 257–268
  - englisches Kollisionsrecht 271–272
  - schweizerisches Kollisionsrecht 278
  - österreichisches Kollisionsrecht 281–282
- Rent-A-Center (Rent-A-Center West, Inc. v. Jackson)* 126
- res iudicata siehe* Rechtskraft, Einrede anderweitiger
- Restatement (First) of Contracts (1932) 120

- Restatement (Second) of Conflicts of Laws (1971) 205, 272
- Revidierte Rheinschiffahrtsakte 220–221, 303–304
- Rhone Mediterranee (Rhone Mediterranee Compagnia Francese Di Assicurazioni E Riassicurazioni v. Lauro)* 273–274
- Rogliani, Stein 228
- Rosenbergsche Formel 90
- Rück- und Weiterverweisung 237, 317–318, 331
- Rücknahme der Schiedseinrede 31, 34–35
- Rügepräklusion, verfahrenübergreifende *siehe* Präklusion, verfahrenübergreifende
- rule of recognition* 8, 223
- Sachentscheidungs Hindernis *siehe* Einrede, prozesshindernde
- Sachentscheidungsvoraussetzungen 9
- Sanders, Peter 228, 315
- Sartre, Jean-Paul 109
- v. Savigny, Friedrich Carl 252
- Scheckprozess 41
- Schiedsbindung, objektive
- deutsches Sachrecht 77–78
  - deutsches Kollisionsrecht 261
  - schweizerisches Kollisionsrecht 278
  - österreichisches Kollisionsrecht 281
- Schiedsbindung, subjektive
- deutsches Sachrecht 78–82
  - deutsches Kollisionsrecht 262–265, 284
  - englisches Kollisionsrecht 271–272
  - schweizerisches Kollisionsrecht 278
  - österreichisches Kollisionsrecht 281
  - originäre subjektive Schiedsbindung *siehe* originäre subjektive Schiedsbindung
  - derivative subjektive Schiedsbindung *siehe* derivative subjektive Schiedsbindung
- Schiedsfähigkeit, objektive
- deutsches Recht 65–68
  - amerikanisches Recht 129–130
  - schweizerisches Recht 140, 278
  - österreichisches Recht 147
  - Staatsvertragsrecht 162, 217–218, 219–220, 221, 303–304
  - Kollisionsrecht *siehe* Kollisionsrecht der objektiven Schiedsfähigkeit
- Schiedsfähigkeit, subjektive
- deutsches Recht 64–65
  - österreichisches Recht 146–147
  - Kollisionsrecht *siehe* Kollisionsrecht der subjektiven Schiedsfähigkeit
- Schiedsgericht
- Begriff 2
  - „echtes“ Schiedsgericht 44, 47–50
- Schiedshängigkeit, anderweitige
- deutsches Recht 6, 20–21, 59, 103
  - schweizerisches Recht 134–135, 137
  - österreichisches Recht 142–143, 148
  - EuÜ 171–173, 179, 188
  - Kollisionsrecht 194–195
  - Ausblick 336, 340
- Schiedskonkordat 133, 312
- Schiedsvereinbarung, Begriff der *siehe* Qualifikation als Schiedsvereinbarung
- Schiedsvereinbarungsstatut *siehe* Kollisionsrecht der Schiedsvereinbarung
- Schiedsverfahrensstatut 76, 199, 243
- schriftliches Verfahren 34, 175
- Schuldbeitritt 80–81
- Schuldübernahme, befreiende (privative)
- deutsches Recht 80
  - Kollisionsrecht 264–265
- Schurman, Willem 155
- Scott v Avery* 112
- Selbstständiges Beweisverfahren 39
- severability*-Grundsatz 124, 126, 150, 214, 260, 264, 326
- Sitztheorie 313–314, 317–318
- Smith, Sir Andrew Charles 270
- sovereign immunity* *siehe* Staatenimmunität
- Spaltung, große 204–205
- specific performance* der Schiedsvereinbarung 11, 123, 136, 165, 191, 204
- Spezialvollmachterfordernis 282–283, 327–328
- Staaten, staatlich beherrschte Unternehmen und staatlich kontrollierte Organisationen 320–323, 331

- Staatenimmunität 321  
 Staatsgericht 2  
 Statthaftigkeit der Schiedseinrede 35–44  
 Stimmengleichheit 85  
*stipulatio poenae* 10–11, 111–112  
 Streitgenossenschaft, notwendige 85  
*substantive arbitrability* 126, 127–128, 129  
*Subway-Fälle* 2–3, 76  
*Suda (Suda c. République tchèque)* 100  
*Sulamérica (Sulamérica Cia Nacional De Seguros S. A. v Enesa Engenharia S. A.)* 269–271
- Tagungsort 76  
 Teilurteil 90  
 Terminoptionsgeschäfte 3, 64–65  
 Testamentsvollstrecker 80, 265  
 Theorie der Schiedsvereinbarung
  - Prozessvertrag 209–210
  - materiell-rechtlicher Vertrag 210
  - materiell-rechtlicher Vertrag über prozessrechtliche Wirkungen 210–211*Thompson v Charnock* 111–112  
*threshold requirements* 116–117, 119  
 transnationales Schiedsrecht 7–8, 222–224  
*treaty override* 160
- Umwandlung 264  
*Unamar (United Antwerp Maritime Agencies [Unamar] NV v Navigation Maritime Bulgare)* 256–257  
 UNCITRAL Model Law on International Commercial Arbitration *siehe* ModG  
 Undurchführbarkeit der Schiedsvereinbarung
  - deutsches Recht 57–58, 82–86, 88
  - englisches Recht 117
  - Kollisionsrecht 200–203, 207
 UNECE 167  
*United Nations Conference on International Commercial Arbitration* 154–155, 227–228  
 UNÜ 154–166, 188, 227–230, 266–267, 288–291, 291–294  
 Urkundenprozess 39–40
- validation principle* 236–237, 271, 276–277  
 van den Berg, Albert Jan 60  
 Verbraucherschutz
  - deutsches Recht 3, 55, 62, 63–64, 69, 71–77
  - englisches Recht 117
  - österreichisches Recht 147
  - EuÜ 170
  - deutsches Kollisionsrecht 249–251, 297, 298, 300–302, 330, 331
  - österreichisches Kollisionsrecht 282, 284
  - UNÜ 293
  - Ausblick 336, 337–338, 339–340
 Verfahrenstheorie 243  
 Verfahrensvereinbarung 48, 70, 75–77  
 vergeistigter Schiedsort 244  
 Vergleichsfähigkeit 67–68, 309, 312–313  
 Verhandlungsaussetzung 22–23, 172–173  
 Versäumnisurteil 135  
 Vertrag zu Gunsten Dritter 78, 262  
 Vertragsstaatenvorbehalt (UNÜ) 159, 207  
 Vertreter ohne Vertretungsmacht
  - deutsches Recht 81–82
  - Kollisionsrecht 262, 328
 Vertretung, gesetzliche 65, 78, 319, 331  
 Vertretung, gewillkürte
  - deutsches Recht 63–64, 78
  - österreichisches Recht 282–283
 Vertretung, organschaftliche 78–79, 330–331  
 Vertretungsstatut 323–331  
 Verzicht auf die Schiedseinrede 35  
*voie directe* 222–223  
 Vollendurteil 90  
 Vollmacht *siehe* Vertretung, gewillkürte  
 Vollmachtsformstatut *siehe* Kollisionsrecht der Form der Vollmacht zum Abschluss einer Schiedsvereinbarung  
 Vollmachtsstatut *siehe* Kollisionsrecht der Vollmacht zum Abschluss einer Schiedsvereinbarung  
 Vollstreckungsabwehrklage 42–44  
 Vollstreckungsgegenklage *siehe* Vollstreckungsabwehrklage

- Volt (Volt Information Sciences, Inc. v. Board of Trustees of Leland Stanford Junior Univ.)* 272
- Vorgreiflichkeit 22–23
- Vorschuss des Schiedsgerichts 83, 84, 88, 147, 200
- Vynior's Case* 111–112, 120
- Wathelet, Melchior 27–28
- Wechselbalglehre 313–314
- Wechselprozess 40
- Wechselseitigkeit, Prinzip der 292–294
- Wertpapierhandelsrecht 3, 64–65, 320
- West Tankers (Allianz SpA and Generali Assicurazioni Generali SpA v West Tankers Inc.)* 27
- Westphalian Model* 7
- Widerklage 89
- Wiederholungsverbot 23–24, 57–58
- Wirkungserstreckung, Theorie der 24, 138, 198
- Wirkungsgleichstellung, Theorie der 24
- Zuständigkeit, gerichtliche 25–28
- Zwangsverwalter 80
- Zwischenentscheid, schiedsrichterlicher 52–53, 198, 260, 284
- Zwischenurteil 90